Erscheint Mittwochs. Redaktions-Schluß: Sonntag + Vierteljahres-Abonnement 1,50 Reichsmark + Für Nichtmitglieder nur Postbezug + Anzeigenpreis: die einspaltige Nonpareillezeile (Nichtberuflich, ausgeschlossen) 0,40 Reichsmark + Stellenvermittlungs-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Verantwortl. Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. + Fernsprecher: Nr. 24403 Anzeigen-Annahme u. Redaktion: Nürnberg 4 (Postfach). + Verlandstelle: Ellenweinstraße 1,1 Einzelnummer 15 Rpf. Zahlungen: für Inseratenaufw.: Postscheckkonto Nürnb. 23086 Exped. „Der Schuhmacher" Nürnberg.

Nummer 44 — Nürnberg, den 31. Oktober 1928 — 42 Jahrgang

Gedenktag der Revolution

Schließt die Reihen fest zusammen,
Die ein gleiches Schicksal schuf!
Augen blitzen, Herzen flammen.
Mächtig tönt der Freiheit Ruf.
Folgt dem Rufe! Folgt der Fahne!
Bietet treu dem Feinde Trutz!
Daß ihr Sieg den Weg euch bahne,
Seid der Freiheit Schirm und Schutz!

Schutz und Schirm erkämpftem Rechte
Auf dem Weg zur neuen Welt;
Trutz dem Bund der dunklen Mächte,
Deren Haß uns rings umstellt!
Trutz in Taten, Trutz im Liede:
Vorwärts, Freunde, nie zurück!
Freiheit ist der Völker Friede,
Freiheit ist der Menschen Glück.

Herzen flammen, Augen blitzen:
Freiheit ist die Republik.
Unsre Treue soll sie schützen,
Unser Weg ist ihr Geschick.
Mann für Mann, wir sind entschlossen;
Ihre Fahne flammt uns vor:
Freunde, Brüder und Genossen!
Führt sie stolz zum Sieg empor!

Karl Schneider

Zum 9. November

Der Staat sind wir

Der Mensch gleicht dem Künstler, der da gestaltet aus sich heraus, nach seinem Sinn. Der da sein Ich, sein Erleben hineinlegt in seine Werke und in allen sich selber und seine Freiheit sieht.

Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte dieser Freiheit, die Geschichte des Kampfes um diese Freiheit. Immer wenn eine Klasse autokratisch das Volk beherrschte, dann kämpfte die Freiheit gegen die herrschende Macht, dann drängte dieses innerliche freie Künstlerwollen des Menschen danach, sich auszuleben in seinem Sinn und in der Ordnung des Lebens sich und seine Freiheit wiederzufinden. Und sie nannten es Recht, dieses Suchen, und meinten damit immer und immer dieses Gleiche, Ewige, Heilige, daß der Mensch berufen, aus sich heraus das Leben zu bilden und mit dem Leben Eines zu sein.

Jahrtausende währte dieses Ringen um Recht, um Freiheit, um Menschlichkeit, und es ist noch nicht lange her, da war auch nicht die Spur einer Freiheit im Zusammenleben zu finden. Da diktierte die Obrigkeit, und selbst die Höhe der Löhne der Bauhandwerker, Spinner, Schneider, Schornsteinfeger, Färber, Schlächter und Boten wurden von der Polizei mit bestimmt, eben weil diese Polizei sich zugunsten der Unternehmer stets in die wirtschaftlichen Auseinandersetzungen hineinmischte und mit ihnen eine Allianz bildete.

Das ist das Menschlich-Große des 9. November 1918, daß er diese alte Epoche eines Zwanges von außen endgültig zu Grabe getragen und daß mit ihm eine neue Periode in unserem Volke begann.

Jetzt sind wir frei, weil wir die freie Möglichkeit zum Erringen unserer Freiheit haben. Von uns hängt jetzt die Freiheit ab, von unserm Wollen, von unserer Aufklärung, von unserer Begeisterung, von unserer Einigkeit.

Und von unserer Einigkeit auch das soziale, das berufliche Leben. Kein Zwang hindert mehr von außen, uns zu verbinden zu gemeinsamer kämpfender Macht. Hier sind der Freiheit die Tore offen, und deine soziale Lebensgestaltung wird nicht mehr aus Polizeistuben geteilt, sondern von dir selbst.

Wir sind frei, denn wir können gestalten. Wir können zwingen, wenn wir einig sind. Da gibt's kein Jammern mehr und keine Verzweiflung. Da gibt's nur eines: Aufklärung, Kampf, Werben für den neuen Gedanken der Arbeit als Dienst an Gemeinschaft und zähe Eroberung, Schritt für Schritt, durch immer stärkere Geschlossenheit und Bundeskraft ermöglicht.

Der Staat sind wir. Und die Freiheit sind wir. Und alles wird neu nur durch uns.

Betriebsrätekonferenz Bezirk 2

Württemberg, Baden, Hohenzollern

Am Sonntag, 21. Oktober, tagte in Stuttgart im Gewerkschaftshaus eine außerordentlich gut besuchte Betriebsrätekonferenz des Zentralverbandes der Schuhmacher. Die Konferenz sah sich genötigt, Stellung zu nehmen zu dem Vorgehen eines Teils der Unternehmer, der die jetzige mißliche Wirtschaftslage in der Schuhindustrie dazu

auszunützen versucht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Neben diesen Versuchen geht einher eine zunehmende schikanöse Behandlung der Arbeitnehmer.

Die beiden hervorstechendsten Unternehmen auf diesem Gebiete sind die Großfirmen Sigle (Kornwestheim) und Haueisen (Cannstatt). In diesen beiden Firmen sind die technischen Methoden zur Ausnutzung der Arbeitskraft am weitesten vorgeschritten. Neben der bis ins kleinste geteilten Arbeitsweise (Akkordarbeit) wird im letzteren Betrieb das „Fließband" angewandt. Trotz alledem sind den betreffenden Unternehmern die erzielten Arbeitsleistungen noch nicht hoch genug, sie sollen noch weiter erhöht werden zur höheren Ehre des Profits. Dabei bedient man sich Methoden, die die größte Empörung bei der Arbeiterschaft auslösten. Die Pläne der beiden Firmen sind an der geschlossenen Phalanx der Arbeiter, die restlos dem Zentralverband der Schuhmacher angehören, gescheitert. Auch der Massendruck durch Entlassungen hat nicht zu erreichen vermocht, daß die Arbeiter mürbe wurden.

Wenn die „Großen" unter den Unternehmungen sich derartige Dinge erlauben, dann meinen gewöhnlich auch kleinere Firmen, sie müßten dasselbe nachmachen. Die Betriebsrätekonferenz war von einem herrlichen Kampfeswillen getragen, allen derartigen Versuchen der Unternehmer zu trotzen. Ihr entschlossener Wille, den Unternehmern darin auch nicht um Haaresbreite nachzugeben, wird die Kolleaenschaft im Lande beseelen, den Widerstand zu verstärken. In nachfolgender Entschließung kommt der Wille der Betriebsrätekonferenz zum Ausdruck:

Entschließung.

„Die am 21. Oktober in Stuttgart tagende Betriebsrätekonferenz des Zentralverbandes der Schuhmacher Bezirk II, nahm zu der Lage in der Schuhindustrie Stellung und erklärt:

Die derzeit mißliche wirtschaftliche Lage in der Schuhindustrie trifft in erster Linie die Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie sind es, die durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in starkstem Maße betroffen werden.

Es mehren sich die Fälle, daß die Unternehmer versuchen, unter Mißachtung des Tarifvertrags die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, insbesondere aber die großen Firmen des Bezirks, Sigle (Kornwestheim) und Haueisen (Cannstatt), versuchen angesichts der verschlechterten Konjunktur den Tarifvertrag zu durchbrechen und in schikanöser Weise einen Lohnabbau durchzusetzen, sowie die Rechte der Arbeiterschaft und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Durch Massenentlassungen glauben die Firmen, die Arbeiter gefügig machen und ihre reaktionären Pläne erreichen zu können.

Das ist an dem geschlossenen Willen der Arbeiterschaft, geleitet auf ihre geschlossene Organisation im Zentralverband der Schuhmacher, gescheitert.

Die Versuche verschiedenster Art, den Lohn abzubauen, weist die Konferenz mit aller Schärfe zurück. In der Zeit steigender Teuerung muß jede Lohnreduktion unter allen Umständen abgewehrt werden. Die Betriebsrätekonferenz stellt diesen Versuchen gegenüber den einheitlichen Willen aller Betriebsräte fest, dem Verlangen der Unternehmer nicht um Haaresbreite nachzugeben. Sie fordert zugleich die Arbeiter und Arbeiterinnen der angreifenden Firmen auf, sich auf die kommenden Kämpfe zu rüsten, einem ruchlosen Unternehmertum die geschlossene Phalanx der Schuhfabrikarbeiter entgegenzustellen.

Die Konferenz beschließt deshalb: Kein Betriebsrat und kein Arbeiter oder Arbeiterin der Schuhindustrie darf einer Lohnreduktion — in welcher Form sie auch aufgetreten mag — seine Zustimmung geben.

Alle Kollegen und Kolleginnen, insbesondere die Funktionäre und Betriebsräte sind verpflichtet, von jedem Lohnabbauversuch der Organisation sofort Mitteilung zu machen, um in gemeinsamen Maßnahmen die Abwehr erfolgreich zu gestalten.

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie richtet die Konferenz die Aufforderung, sich restlos dem Zentralverband der Schuhmacher anzuschließen und so eine geschlossene Linie gegen das Unternehmertum in der Schuhindustrie herzustellen."

An die Schuharbeiterschaft aller Orte ergeht von der Konferenz aus der Ruf: „Stellt euch geschlossen hinter eure Betriebsräte, stärkt ihnen den Rücken, um so rascher werden diese Versuche der Unternehmer niedergeschlagen sein! An unserem geschlossenen Willen muß das Vorgehen der Unternehmer scheitern."

An die uns noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen richten wir ebenfalls den Appell, sich dem Schuhmacherverband anzuschließen. Ihr Unorganisierten, ihr seid bisher ein Aktivposten der Unternehmer und ein Hemmschuh der Bestrebungen eurer organisierten Arbeitskollegen gewesen. Tretet daher ein in den Schuhmacherverband, der im Bezirk II bereits über 80 Prozent aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie umfaßt. Werdet Mitkämpfer gegen Unternehmerwillkür, Mitkämpfer zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse vom Joche kapitalistischer Unterdrückung. Geht mit uns den Weg zum Kampfe für den Sozialismus! M.

Betriebsräte-Konferenz des Bezirks 5, Hamburg

Die am 13. Oktober in Hannover tagende Konferenz der Betriebsräte aus dem 5. Bezirk war besucht von 20 Kollegen aus 16 Betrieben und neun Orten. Die Konferenz wurde von dem Kollegen Schubert um 11 Uhr eröffnet und begrüßte, wobei ein besonders herzliches „Willkommen" unserem zweiten Vorsitzenden, dem Kollegen Lex (Nürnberg), geboten wurde. Kollege Lex nahm das Wort über das Thema „Die wirtschaftliche Lage der Schuhindustrie und Lohndruckmaßnahmen der Unternehmer". Er führte aus:

Seit 1923 haben wir eine schleichende Krise in der Schuhindustrie, die neben ihren bedauerlichen Begleiterscheinungen für die in der Industrie tätigen Arbeitnehmer manche Schwierigkeiten auch für die Organisationsleitung gebracht hat. Erinnert sei nur an die Hemmungen, welche eine Krise von solcher Dauer und Intensität dem Aus- und Aufbau der Tarifpolitik bereiten; erinnert sei auch an die psychologischen Wirkungen, die infolge dauernder Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit und unzureichendem Einkommen bei der Schuharbeiterschaft natürlicherweise ausgelöst werden müssen.

Die Krisen in der Vorkriegszeit waren in ihrem Wesen unterschieden gegen heute, weil einmal ihre periodische Wiederkehr zumeist vorauszusehen war und dann aber auch, weil die Geschäftsstockungen selten so anhaltend und katastrophal verliefen. Die Ursachen dieser gegen früher unterschiedlichen Krisenerscheinungen liegen auf verschiedenen Gebieten. Sie liegen sowohl in den eingetretenen Veränderungen der Struktur unserer Wirtschaft, als auch in der Verarmung der großen Masse der Konsumenten. So hat z. B. der ungemein verteuerte Kredit die Folge, daß Fabrikant und Händler das denkbar kleinste Kapital im Lager investieren, um Zinsen einzusparen. Daraus erwachst die Notwendigkeit, kurzfristig zu disponieren und das erklärt die nur ruckweise Beschäftigung der Betriebe, das Zusammendrängen der Aufträge auf einen kurzen Zeitraum, den raschen Wechsel zwischen guter Beschäftigung und dann wieder Auftragsmangel. Inwieweit die mit der Kreditverteuerung in Verbindung stehende These der beschleunigten Kapitalbildung anfechtbar ist, zeigt die Fieberkurve der deutschen Wirtschaft, zeigt das Auf und Nieder des Beschäftigungsgrades und zeigt endlich auch die Haltlosigkeit unserer heutigen „Wirtschaftsführer".

Geradezu katastrophal sind auch die Hemmungen, welche durch die mit allen Mitteln niedrig gehaltene Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung, der Gesundung unserer Wirtschaft entgegengestellt werden. Erkennt man, daß die Exportmöglichkeiten eingeengt sind durch Uebergang früherer Einfuhrländer zur Eigenproduktion; erkennt man, daß heute jeder Staat stark bemüht ist, seine wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erreichen — dann ist die Bemühungslosigkeit des Inlandsmarktes geradezu unverständlich. Nach wie vor müssen wir den Unternehmern sagen, daß wir ihnen schon vor Jahren zwei Wege gezeigt haben, die zur Gesundung unserer Inlandswirtschaft führen. Diese beiden Wege, die gleichzeitig begangen werden müssen, sind: Lohnerhöhung und gleichzeitige Herabsetzung der Preise! Also: durch Stärkung der inländischen Konsumtionsfähigkeit zur guten Konjunktur und damit zu den besten Voraussetzungen internationaler Wettbewerbsfähigkeit!

In diesem Zusammenhange besprach der Redner die immer noch auftretenden Versuche der Schuhindustriellen, trotz Reichstarifvertrag eine Herabsetzung der Akkordsätze und Verdienste durchzuführen. Das ist nicht nur das untauglichste, sondern auch das verwerflichste Mittel zur Ankurbelung unserer Konjunktur und zur Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Abgesehen davon, daß hier Tarifwidrigkeiten angestrebt werden, abgesehen davon, daß ein 10- bis 30prozentiger Lohnabbau keine fühlbare Auswirkung auf den Preis des Produktes hat, würde doch eine weitere Schwächung der an sich schon überaus schwachen Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterbevölkerung eintreten, die ein weiteres Absinken der Konjunktur logisch im Gefolge haben muß.

Die Bestrebungen der Unternehmer in unserer Branche werden auf geschlossenen Widerstand stoßen! In anderen Branchen sind im Laufe des Jahres ständige Kämpfe um Lohnerhöhungen im Gange gewesen. Es fehlt den Schuhindustriellen nicht nur das Recht zu den geplanten Maßnahmen, es fehlt ihnen schendar auch die Einsicht, daß sie damit der an sich wackligen Konjunktur ganz den Todesstoß versetzen.

Den mit Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Lex schloß sich eine Diskussion an, in der gezeigt wurde, daß im Bezirk in fast jedem der auf der Konferenz vertretenen Betriebe unendliche Versuche zur Herabsetzung der Löhne gemacht wurden. Kollege Lex konnte in seinem Schlußwort sich deshalb darauf beschränken, die notwendigen Fingerzeige für die erfolgreiche Abwehr dieser Bestrebungen zu geben.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung: **„Einführung der Invalidenunterstützung im Verbande und Beitragserhöhung"** referierte kurz und wirkungsvoll der Kollege Wegner (Hannover). Auch diesem Referat schloß sich eine Aussprache an, welche zeigte, daß die Funk-

tionäre gewillt und entschlossen sind, ihre ganze Kraft für den Ausbau der Organisation und der Vertiefung des Organisationsgedankens einzusetzen.

In seinem Schlußwort erwähnte Kollege Schubert die Kollegen, die ausgezeichnete statistische Arbeiten gewissenhaft und mühsam, da zur Benutzung der verschiedensten Kassen das statistische Material die notwendige Grundlage sei. Er stellte fest, daß die Konferenz ihre Beschlüsse für unsere Organisation, den Willen zur Abwehr der geplanten Maßnahmen der Unternehmer und die Entschlossenheit zu zähem feinem Mitarbeiten zum Ausdruck gebracht habe und schloß mit begeistertem deutschen Hochruf auf unsere Organisation die anwesend verlaufene Konferenz.

Besprechung über das Schlichtungswesen

im Reichsarbeitsministerium.

Die seit Monaten ununterbrochene Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden hat am 16. Oktober stattgefunden. Anlaß zu dieser Besprechung haben die vielen Mißstände gegeben, die seit Jahren gegen das Schlichtungswesen und insbesondere gegen die Verbindlichkeitserklärung geäußert worden sind. Der Reichsarbeitsminister wollte aus dem Munde der Vertreter der beiderseitigen Vereinigungen hören, wie sie sich grundsätzlich zum Schlichtungswesen und der Verbindlichkeitserklärung stellen. Zu der Aussprache hatten sämtliche Spitzenorganisationen Vertreter entsandt, insbesondere waren die Vertreter der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber überaus zahlreich erschienen.

Der Sprecher der **Arbeitgeberverbände** betonte, die deutschen Arbeitgeberverbände waren durchaus bereit, mit den Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen, sie waren auch bereit zu ernsthaften verantwortungsvollen Verhandlungen über den Abschluß bzw. den Neuabschluß von Tarifverträgen. Jedoch legen die Arbeitgeberverbände außerordentlichen Wert darauf, daß die Tarifverträge nur in freien Verhandlungen abgeschlossen werden. Die Verbindlichkeitserklärung, also die staatliche Zwang, bei dem Verantwortungsgefühl beider Parteien, besonders aber den wirtschaftlichen Verantwortlichen, wirke abtötend.

Von den Vertretern sämtlicher Spitzenorganisationen der **Gewerkschaften** wurde übereinstimmend betont, daß auch sie die freien Vereinbarungen durchaus dem staatlichen Eingreifen und der Verbindlichkeitserklärung vorziehen. Die tatsächlichen Erfahrungen hatten jedoch ergeben, daß das Verantwortungsgefühl und die Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeberverbände durchaus noch nicht so weit gediehen sei, daß man auf die Mitwirkung des Staates beim Abschluß von Tarifverträgen und auf die Verbindlichkeitserklärung verzichten könne. Die staatspolitische Seite des Problems der Verbindlichkeitserklärung wurde von den Gewerkschaften nicht angeschnitten. Es wurde vielmehr betont, daß das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitserklärung den Parteien genügende Freiheit für die Durchsetzung ihrer Forderungen lassen müsse. Der Staat dürfe, soweit nicht dringende Interessen des Allgemeinwohls dies erfordern, in die Maßnahmen und die Arbeitskämpfe zwischen starken Gegnern nicht eingreifen. Dagegen müsse die Verbindlichkeitserklärung nach wie vor in allen dringenden Fällen erfolgen, wo sie aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig ist. Was in diesem Sinne „notwendig" bedeute, lasse sich keineswegs schematisch abgrenzen, weil diese Notwendigkeit sich eben nur aus der Erfordernisse des Wirtschafts- und Arbeitslebens ergebe. Dagegen müsse die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen werden, wenn etwa Arbeitgeberverbände sich grundsätzlich überhaupt gegen den Abschluß von Tarifverträgen wenden oder dann, wenn sozial schwache Gruppen auseinander sind, sich irgendwie durchsetzen zu können, oder Verhandlungen zu erzwingen. Auch solches behördliches Eingreifen ist z. B. auch in England sowohl einsetzbar und wirkt sich beispielsweise aus in der Lohnfestsetzung für die handwerkliche Schuhmacherei. Redaktion des „Schuhmacher".)

Reichsarbeitsminister Wissell konnte am Schlusse der Aussprache zusammenfassend feststellen, daß weder die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften noch diejenigen der Arbeitgeber grundsätzlich die Abschaffung der Verbindlichkeitserklärung verlangen. Um den berechtigten Wünschen der Parteien nach weitestgehender Freiheit beim Abschluß von Tarifverträgen entgegenzukommen und um das Verantwortungsgefühl beider Parteien zu stärken, sei es notwendig, die Schlichtungsverordnung straffer als bisher durchzuführen. Das Ziel, in der Gesetzgebung nach folgenden Grundsätzen vorzugehen:

1. Die Behörden sollen die Parteien weitgehend bei der Verhandlung tariflicher Schlichtungsmittel unterstützen. Die Behörden sollen das tarifliche Schlichtungswesen fördern.

2. Ein Schlichtungsverfahren auf Antrag einer Partei soll ein eingeleitet werden, wenn die antragstellende Partei vorher den ernsthaften Versuch unternommen hat, Verhandlungen über den freiwilligen Abschluß eines Tarifvertrages mit der Gegenpartei durchzuführen, dieser Versuch jedoch entweder infolge Nichtannahme der Parteien oder infolge des grundsätzlichen Widerstandes der anderen Partei gescheitert ist.

3. Die Einleitung eines beantragten Schlichtungsverfahrens soll mit einsetzenden und ernsthaften Einigungsverhandlungen vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses oder dem Schlichter beginnen.

4. Mit der Einladung der Parteien zu diesen Einigungsvorverhandlungen soll nicht gleichzeitig die Einladung zu den eigentlichen Schlichtungsverhandlungen vor der Kammer verbunden werden. Vielmehr soll erst nach Zeitablauf der Einigungsvorverhandlungen der Termin für die Kammerverhandlungen bestimmt werden, der in der Regel ein bis zwei Tage später folgen soll, um den Parteien nochmals Gelegenheit zu geben, sich etwa in freien Verhandlungen zu verständigen und um dem Schlichtungsausschußvorsitzenden bzw. dem Schlichter die Möglichkeit zu geben, sich eingehend mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Betriebe bzw. Industriezweige, in denen der Streit entstanden ist, zu befassen.

5. Bei der Bildung der Schlichtungskammer bzw. der Schlichterkammer sollen die Schlichtungsausschußvorsitzenden bzw. die Schlichter darauf hinwirken, daß die Besitzer nicht oder wenigstens nicht ausschließlich aus dem Personenkreis entnommen werden, der mit der Führung des ausgebrochenen Interessenstreites selbst betraut ist. Vielmehr soll größerer Wert darauf gelegt werden, daß als Beisitzer Personen von Arbeitgeberseite und von Arbeitnehmerseite mitwirken, die an dem unmittelbaren Interessenstreit unbeteiligt sind, aber Verantwortungsgefühl besitzen und große Kenntnisse des Wirtschafts- und Arbeitslebens haben. Insbesondere sei es zu begrüßen, wenn man als Beisitzer Vertreter der beiderseitigen Spitzenorganisationen hinzuziehen würde.

6. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches soll regelmäßig nur auf Antrag einer Partei erfolgen, um zu erreichen, daß mindestens diese eine Partei die Verbindlichkeitserklärung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen von vornherein will.

7. Die Einleitung eines Verfahrens über die Verbindlichkeitserklärung von Amts wegen soll dagegen nur bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses erfolgen. Hier sollen sich die Schlichtungsinstanzen weitgehende Zurückhaltung auferlegen und nur dann eingreifen, wenn wichtige Allgemeininteressen gefährdet sind oder wenn die Streitparteien sich zerart in ihren Kampf festgebissen haben, daß nicht damit zu rechnen ist, daß sie beiderseits vor der endgültigen Niederlage des einen oder anderen Teiles oder sogar beider Parteien beendeg werden.

•

(Mitteilungen in der Tagespresse, daß in dieser Aussprache der Vorschlag, den Gewerkschaften das alleinige Recht zum Antrag auf Verbindlichkeitserklärung zu gewähren, nach kurzer Besprechung abgelehnt worden sei, entsprechen nicht den Tatsachen. Die an dieser Besprechung beteiligten Vertreter des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben in der Aussprache diese Forderung überhaupt nicht erhoben. Der Vertreter einer anderen Spitzenorganisation hat diese Forderung nur angedeutet. Irgendeine Stellungnahme hierzu oder eine weitere Aussprache darüber ist nicht erfolgt, und zwar schon deshalb nicht, weil sich diese Aussprache gar nicht mit der Aenderung des Schlichtungswesens befassen konnte, da Wünsche auf Aenderung des Schlichtungswesens an die gesetzgebenden Körperschaften, also an den Reichstag, zu richten sind. Mit vollem Recht hat daher auch Reichsarbeitsminister Wissell darauf hingewiesen, daß die von einer Spitzenorganisation erhobene Forderung nach vollkommener Verreichlichung des gesamten Schlichtungswesens zwar sehr beachtlich ist, daß sie aber nicht gegenüber dem Reichsarbeitsminister, sondern im Reichstag erhoben werden müsse.)

Der Gewerkverein der Lederarbeiter Deutschlands (HD.) organisiert Streikbrecher

Ueber einen Fall, der zeigt, wie mangelnder Zusammenhalt und mangelnde Solidarität den Arbeitern selbst Schaden zufügt, wird aus Berlin berichtet:

In der mechanischen Schuhreparatur-Werkstatt „Alli", Inhaber Robert Ziebarth Sohne in Berlin brach am 23. August 1928 ein Streik aus, weil die Firma bestehende Akkordsätze um 25 bis 40 Prozent reduzierte. Der Betrieb fiel auf Grund eines Abkommens zwischen Betriebsrat und Firma vom November 1927 unter den Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie. Trotzdem weigerte sich die Firma, im Jahre 1928 Ferien zu bezahlen, mit der Begründung, sie hätte bereits im Dezember 1927 für 1928 Ferien gewährt. Als die Firma, wie bemerkt, außerdem noch die Akkordsätze um 25 bis 40 Prozent reduzierte, rief der Belegschaft die Schuld. Sie legte am 23. August 1928 schließlich die Arbeit nieder. Von der aus 32 Personen bestehenden Belegschaft gehörten bei Ausbruch des Streiks 16 dem Zentralverband der Schuhmacher an, davon 8 seit einigen Tagen, als der Ausbruch des Kampfes schon zur Unvermeidlichkeit geworden war, und einer, Ernst Schnakel, dem Gewerkverein der Lederarbeiter (H. D.).

Schon vor Ausbruch des Streiks hatten Verhandlungen zwischen der freien Gewerkschaft und der Firma stattgefunden. Diese wurden nach der Arbeitsniederlegung sofort wieder aufgenommen. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen erstattete der Vorsitzende Horn der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher in einer Streikversammlung am 24. August Bericht und stellte der Belegschaft anheim, ob sie das Ergebnis der Verhandlung annehmen wolle. Das Angebot der Firma war eine kleine Milderung der ursprünglichen Lohnreduzierung. In geheimer Abstimmung, an der sich auch der Hirsch-Dunckerianer Ernst Schnakel beteiligte, wurde das Verhandlungsergebnis gegen eine Stimme abgelehnt.

Im Verlaufe des Kampfes zeigte die Firma Ziebarth einen starken Widerstand, als die Streikenden vermutet hatten. Es kam der Firma in erster Linie darauf an, die freie Gewerkschaft auszuschalten, denn schon im November 1927 hatte sie die damaligen Verhandlungen mit dem Zentralverband der Schuhmacher abgebrochen und ein Abkommen im Betriebe selbst getroffen.

Da im August 1928 der Zentralverband der Schuhmacher gegenüber dem erstreikten Lohnabbau wiederum so große Schwierigkeiten machte, die Firma indessen von dem ungenügenden Organisationsverhältnis ihrer Belegschaft informiert war, wollte sie den entscheidenden Schlag zur völligen Ausschaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher führen. In diesem Vorgehen der Firma spielte der Hirsch-Dunckersche Verband eine traurige Rolle. Am dritten Streiktage erschien der Vorsitzende des H.-D.-Verbandes, Herr Zturm, im Streikfokal und horchte aus, ob der Zeitpunkt für ihn gekommen sei. In einer Versammlung ließ er sich

Zehn Jahre deutsche Revolution

Der Weltkrieg wurde schon im Jahre 1914 an der Marne entschieden. Die vier folgenden Jahre waren im Grunde — auch wenn Siege ausposaunt und der Vormarsch tief nach Rußland und Frankreich, Italien und Serien gedrückt wurde — weiter nichts, als die blutigsten Ausfuchtschlachten der Weltgeschichte.

Der Vormarsch des europäischen Proletariats begann mit der russischen Revolution 1917. Die ersten Zeichen der Sammlung im Westen waren die Mißstreiken in Frankreich und Oesterreich, waren die großen Streiks in Deutschland und in Oesterreich. Im Sommer 1917 versuchte schon die Zimmerwalder Sozialistenkonferenz den Weltkrieg zu liquidieren. Der Weltkrieg wurde nicht liquidiert durch Konferenzen, Manifeste und heroische Anstrengungen einzelner: er wurde liquidiert durch die technische Uebermacht der Entente, vor allem durch Amerika, das sich mitten im europäischen Blutbad zur führenden Weltmacht emporgearbeitet hatte, sich mit schweren Projekten drapierte und Tanks, Bombenflugzeuge und frische Truppen auf die französischen Schlachtfelder warf.

Mit der kapitalistischen Weltmacht Amerika stieg trotz Blut, Niederlage und Spaltung die europäische Weltmacht empor: der Sozialismus, der zuerst in Rußland zur Macht kam, um dann in die Abgründe der Interventionen, der Bürgerkriege, der Hungersnot und der kriegskommunistischen Experimente abzustürzen. Der Sozialismus in Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, in Skandinavien, in Belgien und in anderen Ländern formierte seine Armeen, um in den besiegten Staaten die Niederlage umzuwandeln in den Versuch, den theoretischen Sozialismus in lebendige Wirklichkeit, in erfülltes Leben umzusetzen.

Die vier Jahre Krieg, die Gestaltung der Schlachten, die Schlammfluten der Lüge, die Tragödien der Herzen, die Zerstörung der heimkehrenden Soldaten nach Frieden, Arbeit und Brot, die drohende Blockade, die Erschöpfung der Völker und vor allem auch die Spaltung der Arbeiterklasse: all das stemmte sich gegen die Verwirklichung des Sozialismus. Aus dem Chaos des kapitalistischen Staates aber wurde in Deutschland die demokratische Republik geboren. Der Umbau war blutig und verwirrend. Viele, und nicht die schlechtesten Proletarier, wurden erschossen, eingesperrt, durch die Lande gehetzt. Die Proletarier, die vier Jahre ihre internationalen Bruder auf den Schlachtfeldern zerfleischt hatten, um auch nun zerfleischt zu werden, die Proletarier in Deutschland bekämpften sich selbst bis aufs Messer: die Ideologie des Krieges forderte viele tausend Opfer, kommte mit den Ausbau der demokratischen Republik. Die alten Mächte, zum größten Teil im November 1918 seige geflohen, stellten sich auf den „Boden der Tatsachen" und wüteten gegen die noch aufständischen Arbeiter.

Die Regierung der Volksbeauftragten, gebildet von den beiden großen sozialistischen Parteien, wurde abgelöst. Die Nationalversammlung in Weimar gab am 11. August 1919 der deutschen Republik ihre Verfassung mit dem denkwürdigen Artikel 1: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Die Wahlen zur Nationalversammlung — zum erstenmal wählten die Frauen mit — ließen die Macht der sozialistischen Parteien machtig anfsteigen, aber nicht so mächtig, um auch das flache Land, die kleinen Städte, die reaktionären Bezirke zu erobern und eine staatliche Mehrheit zu schaffen, die notwendig ist zur Durchführung des Sozialismus. In der Weimarer Koalition — sie bestand aus Sozialdemokraten, Zentrumsleuten und Demokraten — wurden aber trotz vieler Kompromisse die Richtlinien eines Volksstaates entworfen. Die Grundzüge des neuen Staates aber hatten die Arbeiter und Soldaten 1918 in das Bewußtsein aller arbeitenden Menschen verlegt.

Vor zehn Jahren — das wissen wir alle und haben es in den letzten Jahren am eigenen Leib und Leben erfahren — ist viel versäumt worden. Der Klassenstaat wurde nur reformiert, nicht gestürzt. Den Blutsaugern des Volkes wurde kein Haar gekrümmt. Die großen Bürgermen wurden nicht als Nationalverbrecher erklärt. Die Großherzoge, die Könige und der Kaiser durften im Lande bleiben oder bekamen, wenn sie seine geflohen waren, in den letzten Jahren endlose Millionenwerte durch die herrschenden Bürgerparteien zugeschanzt. In der Inflation, als das Leben Millionen entwertet wurde, gewannen noch die hohen Herrschaften, wie sie immer gewannen, im Krieg, im Frieden: sie wurden aufgewertet, und in ihren Kampfen wurden sie noch unterstützt von einer willigen Justiz.

Vor zehn Jahren aber — und das muß ganz laut gesagt werden — wurde in Deutschland die Straße frei zur Sammlung der gespaltenen Klasse, die Straße auch zu unserem Ziel: zum Sozialismus. Auch das muß ganz laut gesagt werden, daß die Zerrissenheit der Arbeiterklasse in drei sich bekämpfende Parteien mehr Opfer gefordert hat als das Wüten der Weißen Garden in Berlin, im Ruhrgebiet, in Sachsen, in Bayern, in Bremen. Der Kapp-Putsch 1920, der Versuch der Generale, sich zu restaurieren und die Monarchie herzustellen, scheiterte an dem geschlossenen Widerstand der sozialistischen Proletarier und war der Auftakt zur endlichen Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in Nürnberg, nachdem noch in Halle die Unabhängigen durch die russischen Bolschewisten gespalten wurden. (Die Russen begannen ihre Eigenbrötelei, ihre Spaltungstaktik, die Hand, die ihnen die USP. Deutschlands geboten hatte, wurde brüsk zurückgewiesen. Red.)

Der Weg zum Sozialismus ist ein langer und mühseliger. Er ist nicht mit billigen Phrasen und schönen Redensarten gepflastert, es ist ein Weg der Arbeit, ein Weg auch der Entsagung, ein Weg der Möglichkeiten und nicht ein Weg der Wünsche und Träume. Aber wenn wir leidenschaftslos oder auch leidenschaftlich die letzten Jahre überblicken, sehen wir die Marschkolonnen der Zukunft schreiten, sehen wir den Weg nach aufwärts, den Weg zu neuen Kämpfen, zu neuen Eroberungen. Zum Reich, in den Ländern, in den Kommunen haben die sozialistischen Proletarier durch Mitarbeit und auch durch Opposition daran gearbeitet, die in der neuen Verfassung festgelegten Errungenschaften — Preisfreiheit, Selbstverwaltung, Demokratisierung der Behörden, Sozialversicherungen usw. — zu festigen und zu vertiefen. Aber auch daran wurde gearbeitet, das Höchstmaß des Möglichen für das Proletariat herauszuholen.

Vor fünfzig Jahren erst erließ Bismarck das berüchtigte „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", ein Gesetz, das viele Opfer kostete, die Organisationen zertrümmerte, die ehrlichsten Arbeiter verfemte und rechtlos machte. Und wie hat das deutsche Proletariat diese Blutzeit ertragen! Die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse ist eine heroische Geschichte, eine Geschichte unaufhaltsamen Aufstieges. Vierzig Jahre nach dem Schandgesetz rettet der deutsche Sozialismus das Reich vor dem Zerfall und reißt es aus dem Abgrund, um Deutschland hinzustellen in die Reihe der freien Völker.

Die Welt hat sich gedreht und ist anders geworden. Die Menschen sind anders geworden. Auch in Deutschland. In Deutschland ist der Durchbruch zum Sozialismus sichtbar vor allem in den Gemeinden, in denen die Verwaltung in sozialistischen Händen liegt. Unsere jungen Genossen wissen viel zu wenig von der Geschichte unserer Bewegung, viel zu wenig von den ungeheuerlichen Anfängen der Partei. Sie wissen nicht, daß die Zaudernsicherkeit als Bewegung vor dem Krieg gleichbedeutend war mit gesellschaftlicher Achtung, daß ein sozialistischer Beamter oder Offizier unmöglich war. Unsere jungen Freunde wissen nichts von der Tatsache des Zwölf- und Vierzehnstundentages, sie nehmen heute den Achtstundentag, die Ferien und die vorhandenen Bildungsmöglichkeiten als glatte Selbstverständlichkeit hin. Und wie mußte um diese auch selbstverständlichen Dinge gekämpft werden! Aus dem Sklaven der Maschine wurde der sozialistische Proletarier, der Mann der Zukunft.

Es sind auch viele nicht wahrhaft Dinge, die der Sozialismus in den letzten Jahren und vor allem in den zehn Jahren Revolution erobert hat: das Zehlstimmenwahlrecht, das Gefühl des Menschseins, die Auftriebsmöglichkeiten trotz alledem, die Entfaltung der Persönlichkeit in der Gemeinschaft: wichtig vor allem anderen Dingen aber ist die praktische Mitarbeit in der Kommune, in der Organisation, die notwendige Schulung zur kommenden Machtübernahme.

Nicht das soll gesagt sein, daß wir heute in Deutschland in halb paradiesischen Zuständen leben, nein, das soll nicht gesagt sein. Aber ganz laut können wir sagen: es sind die Möglichkeiten gegeben für jedermann, sich einzusetzen im Millionenmaßstab: der Masse für die neue Welt, für den Sozialismus. Aber auch das muß gesagt werden, daß die noch bestehende Spaltung der Arbeiterklasse Hemmnisse sind vor dem Ziel: neue Erde, neue Gesellschaftsordnung, Ziel des Kapitalismus.

Zehn Jahre deutsche Revolution: das heißt, zehn Jahre Kampf um die Freiheit und Befreiung der Klasse. Zehn Jahre deutsche Revolution, das heißt: immer weiter vorstoßen, immer tapferer kämpfen, immer neue Massen beraufholen, die Frauen, die Mädchen, die Männer, die Jugend ziehen. Zehn Jahre deutsche Revolution, das heißt: aufrecht und tapfer Mut, einzeln, paranschen und kämpfen. Jeder von uns sollte sein ein wahrhaftiger Volksbeauftragter: der Mann an der Maschine, die Frau am Webstuhl, der Kameral in der Schreibstube — jeder sollte sein ein Volksbeauftragter für seine Klasse, die sich dann im Ziel zum erstenmal als Nation eint. Diese Einigung vorzubereiten, das ist der Sinn der deutschen Revolution.

Und die zehn Jahre Revolution rufen, flüstern und schreien uns zu: immer weiter zu arbeiten für den Sozialismus, für die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit aller Menschen!

(Max Barthel in der „Bücherwarte".)

wie oben. Tagegen verhandelte er nach Ablauf der ersten Streikwoche, ohne dem Zentralverband der Schuhmacher oder den Streikenden irgendeine Mitteilung zu machen, im Hotel „Baltic" in der Zurnadiusstraße in Berlin mit der Firma Siebarth. Als die Streikenden von einer Verhandlung zwischen dem Hirsch-Dunckerianer Sturm und der Firma Siebarth erfuhren, stellte der mitstreikende Hirsch-Dunckerianer Ernst Schmakel auf Befragen in Abrede, daß eine solche stattgefunden habe. Aber wieso weshalb? Am folgenden Tage nahm Schmakel mit einigen weiteren Streikenden und Betriebsfremden die Arbeit auf. Unter 13 Streikenden, die die Arbeit im Verlaufe mehrerer Tage aufnahmen, befanden sich sieben Personen, die einige Tage vor Ausbruch des Kampfes Mitglied des Zentralverbandes der Schuhmacher geworden waren in Erwartung, Streikunterstützung zu erhalten. Als diese ausblieb, wurden sie Streikbrecher. Sie sind als solche aus dem freien Verbande sofort ausgeschlossen worden. (Siehe Nr. 38 1928 Seite 151 „Der Schuhmacher".) Begreiflicherweise wurde Ernst Schmakel nicht aus dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein ausgeschlossen. Im Gegenteil. Er wurde nun berufen, die Streikbrecher im Hirsch-Dunckerschen Verband zu organisieren. Als der Hirsch-Dunckersche Funktionär, Herr Sturm, vom Vorsitzenden des Zentralverbandes der Schuhmacher bezüglich der gepflogenen Verhandlung und des Streikbruches seines Mitgliedes zur Rede gestellt wurde, stellte er in Abrede, Verhandlungen geführt zu haben, und meinte, sein Mitglied hatte keinen Streikbruch verübt. Zu dem gewerkschaftlichen Betrug besaß dieser führende Geist der Hirsch-Dunckerianer noch die Stirne, in dieser Weise zu lügen, denn der im Hause der Firma Siebarth etablierte Kleiderhandler bestätigte, daß die Verhandlung stattgefunden hat, an der er als Vermittler teilgenommen hat. Herr Sturm sagte ferner, was er auch in Nr. 19 des „Lederarbeiter" wiederholt, Schmakel sei nicht Streikbrecher, da die von ihm und einigen anderen gewünschte erneute geheime Abstimmung nicht vorgenommen wurde.

Wie es in Wirklichkeit war, kann Herr Sturm ja nicht wissen, denn er hat sich im Streiklokal außer dem oben erwähnten einmal nie sehen lassen, da er alle Hande voll zu tun hatte, Verbandsmitglieder zur Bestreikten Firma zu führen. Tatsache ist, daß Schmakel und noch einige Streikende am Tage vor ihrer charakterlichen Handlungsweise im Streiklokal eine geheime Abstimmung über Abbruch des Streiks herbeiführen wollten und schon Stimmzettel geschnitten hatten. Diese Abstimmung wurde selbstverständlich von der Streikleitung und einem zufällig anwesenden Ortsverwaltungsmitglied verhindert. Horn hat dann sofort am nächsten Tag eine Streikversammlung anberaumt, in der jeder Gelegenheit hatte, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und entsprechende Anträge zu stellen. Diese Versammlung wurde aber nicht abgewartet, denn da hatte sich eine Mehrheit für den Streikbruch nicht ergeben, sondern wie erwähnt, hat Herr Sturm sofort Verhandlungen mit der Firma Siebarth geführt und am nächsten Tage, d. h. vor der Streikversammlung, wurde der Streikbruch perfekt.

Im weiteren Verlauf des Streiks kamen noch mehrere Streikbrecher hinzu und die Firma wußte letzten Endes nicht, mit was sie die auf 31 Personen angewachsene Streikbrecherbelegschaft beschäftigen sollte, weil infolge des solidarischen Verhaltens eines großen Teiles der Kundschaft die Arbeit stark nachgelassen hatte. Als die Firma am Arbeitsgericht verurteilt war, den Streikenden für 1928 die vorenthaltene Ferienvergütung zu zahlen und als sie weiter mit einem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den Vorsitzenden der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher abgewiesen war, ließ sie sich zu Verhandlungen herbei. Es wurde ein Abkommen folgenden Inhalts abgeschlossen: Sämtliche noch vorhandenen 16 Streikenden werden wieder eingestellt; das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen. Die Mindeststundenlöhne werden um 15 Prozent und für Spezialarbeiter um weitere 10 Prozent erhöht. Im übrigen wurde vereinbart, daß mit einigen auf die besonderen Verhältnisse eines Reparaturbetriebes Rücksicht nehmenden Abänderungen der Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie Anwendung findet. Tagegen konnte dank dem schändlichen Verhalten der Streikbrecher der Lohnabzug bei den Akkordarbeitern nicht rückgängig gemacht werden.

Der Erfolg des Zentralverbandes der Schuhmacher ist dem Hirsch-Dunckerschen Verband sehr unangenehm, sind doch die verbliebenen Mitglieder des Zentralverbandes wieder in den Betrieb gekommen. Darüber ist Herr Sturm in Nr. 19 des „Lederarbeiter" sehr aufgeregt, denn es ist klar, daß der Betrieb für alle seine Beschäftigung haben konnte. Die Firma Siebarth hatte ein Interesse, die Streikbrecher zu halten. Deswegen wurde ein Teil der Wiedereingestellten so wenig beschäftigt, daß von Akkordarbeitern Wochenverdiensten von 4.70 ℳ, 9.18 ℳ usw. erzielt wurden. Klage beim Arbeitsgericht auf Zahlung des ausgefallenen Lohnes ist selbstverständlich eingereicht.

Nicht genug damit, daß Herr Sturm während des Streiks seine traurige Rolle gespielt hat, versucht er noch nachträglich in Nr. 19 des „Lederarbeiter" den Streik zu mißkreditieren, die Firma Siebarth zu verteidigen und den Zentralverband der Schuhmacher zu denunzieren. Herr Sturm meint, der Streik war nicht zulässig, weil nach einem betrieblichen Abkommen der Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie für den Betrieb maßgebend war, und nennt diese Betriebsvereinbarung „Tarifvertrag". Woher soll Herr Sturm auch Kenntnis haben von dem Unterschied zwischen Betriebsvereinbarung und Tarifvertrag? Herr Sturm erzählt ferner von Wochenverdiensten bei der Firma Siebarth von 70 ℳ, verrät aber anzuführen, daß Akkordarbeiter auch nur 70 ℳ die Stunde erzielt hatten. Nach der Meinung des Herrn Sturm war es nicht mehr als billig, diese Löhne zu reduzieren, denn, so sagt er, das Abkommen war abgelaufen und zur Reduzierung des Bruttolohnes hatte die Firma die Zustimmung des Betriebsrates. Herr Sturm scheint noch nicht mal den Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie zu kennen, denn nach § 34 dieses Vertrages kann eine Reduzierung eines Akkordlohnes nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erfolgen, die im Falle der Firma Siebarth nicht vorlagen. Zu hilft auch eine Zustimmung des Betriebsrates nichts. Sonderabkommen, die gegen den Tarifvertrag verstoßen, sind null und nichtig. Herr Sturm glaubt, seine Ausführungen durch eine Lüge bekräftigen zu müssen und sagt, das Arbeitsgericht Berlin habe entschieden, daß der neue Akkordlohn zu Recht bestehe. Gerade das Gegenteil, Herr Sturm, hat sich bei der Gerichtsverhandlung ergeben, nämlich: das Arbeitsgericht erkannte eine Unterschrift des Betriebsrates als zu Recht bestehend an, aber nicht den von der Firma auf Grund dieser Unterschrift eigenmächtig festgesetzten Akkordlohn. Aber den Unterschied zwischen der Rechtsmäßigkeit einer Unterschrift und der Rechtsmäßigkeit eines Akkordlohnes scheint Herr Sturm wieder nicht zu kennen. Er braucht ihn auch nicht zu kennen, denn seine Tätigkeit während und nach dem Streik war eine Unterstützung der bestreikten Firma.

Es lohnt sich im übrigen nicht, auf die weiteren Verdrehungen und Unsachlichkeiten des Herrn Sturm in seinem Artikel einzugehen. Um aber seine Organisation ins rechte Licht zu setzen, muß hier ebenfalls noch mitgeteilt werden, daß die Hirsche auch bei der Streikbewegung der Reparaturschuhmacher bei der Firma Stiller in Berlin im trüben fischen wollten. Der Zentralverband der Schuhmacher hatte bei dieser und einigen weiteren Firmen eine zehnprozentige Lohnforderung gestellt und bei den Firmen H. Leiser Nachf., C. Balland, W. Dulberg und L. Mandelbaum bereits eine Vereinbarung getroffen, wonach sich der Mindestlohn von 1.08 ℳ auf 1.16 ℳ pro Stunde, alle höheren Löhne um 7 % pro Stunde, erhöhen. Die Firma Stiller sträubte sich noch. Aber siehe da, wo Sturm am größten, sind die Hirsch-Dunckerschen am nächsten. Sie gingen zur Firma Stiller und boten sich als Arbeitskräfte an. Durch die Vorgänge bei Siebarth gewitzigt und, wie anzunehmen ist, auch aus Reinlichkeitsgefühl und sittlichen Bedenken lehnte die Firma diese Angebote ab.

Dieser Mißerfolg machte den Verband der Hirsch-Dunckerschen keineswegs mutlos. Er hatte in Erfahrung gebracht, daß der Zentralverband der Schuhmacher mit den Innungen in Verhandlungen steht zwecks Abschluß eines Tarifvertrages. Da mußte nach Ansicht des Herrn Sturm sein Verband auch seine Finger dazwischen haben. Bei der zweiten Verhandlung mit den Innungen erschien Herr Sturm. Die Verhandlungskommission des Zentralverbandes der Schuhmacher lehnte eine Verhandlung im Beisein eines Vertreters einer Organisation, die Streikbrecher organisiert, ab. Auch die Innungen lehnten ein Verhandeln mit Herrn Sturm ab, der wie ein begossener Pudel abziehen mußte. Als Protest hiergegen verließ Herr Siebarth junior, der an den Verhandlungen teilnehmen wollte, mit Herrn Sturm gemeinsam das Lokal. Besser konnte die Unternehmerfindarina mit diesem H. T.-Verbands-Vertreter nicht demonstriert werden.

Reichs-Unfallverhütungs-Woche

Im nächsten Jahre, in der Zeit vom 20. bis 26. Januar, wird eine Reichs-Unfallverhütungs-Woche stattfinden. Veranstalter ist der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften. Die Arbeitsgemeinschaft für Unfallverhütung, der neben den Verbänden der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, die Spitzenverbände der Gewerkschaften, der Verein der deutschen Maschinenbauanstalten, der Verein der Gewerbeaufsichtsbeamten, die Arbeitsgemeinschaft deutscher Betriebsingenieure und das Reichsversicherungsamt angehören, werden sich an der geplanten Unfallverhütungs-Propaganda beteiligen. Ebenso dürften sämtliche Behörden, Organisationen und Verbände, die bei der Reichsgesundheitswoche mitgewirkt haben, auch hierbei mitarbeiten. Die Motiven für die Veranstaltungen während der Reichs-Unfallverhütungs-Woche werden von den Berufsgenossenschaften getragen.

In der Presse werden Abhandlungen, Bilder und Artikel über Unfallverhütung erscheinen. Während der Unfallverhütungs-Woche sind Vorträge, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, mit Lichtbild- und Filmvorführungen vorgesehen. Nach der Größe des Ortes und dem dort vorherrschenden Gewerbezweig werden die Vorträge entweder allgemeiner Natur oder auf die besonderen Verhältnisse einzelner Berufe zugeschnitten sein. Voraussichtlich werden für die Abhaltung der öffentlichen Verkehrsbetriebe, der Landwirtschaft und der einzelnen Industriegruppen Spezialvorträge abgehalten werden. In Aussicht genommen ist auch, auf die besonderen Aufgaben der Betriebsvertretung bei der Eindämmung der Unfall- und Gesundheitsgefahren hinzuweisen. Ebenso sollen gewerbehygienische Maßnahmen und die Bekämpfung der Berufskrankheiten Berücksichtigung finden.

Ein besonderer Nachdruck wird auf die Unfallverhütungs-Propaganda in der Schule gelegt. Es ist geplant, Vorträge über dieses Thema, insbesondere über Verkehrsgefahren und sonstige Unfälle abhalten zu lassen. Für die besten Aufsätze sollen Preise ausgesetzt werden. Auch in den Berufsschulen, Lehrlingsheimen, technischen Hochschulen soll in geeignetsprechender Weise auf die Unfallverhütung und die Wege zu ihrer wirksamen Durchführung hingewiesen werden.

Die Jugendabteilungen der Gewerkschaften werden sich gleichfalls in dieser Woche mit den Fragen der Unfallverhütung und der ersten Hilfe bei Unfällen zu beschäftigen haben. Farbenfroh soll während der Reichs-Unfallverhütungs-Woche nachhaltig wirkende Propaganda und Lehrmaterial in die Hände der werktätigen Bevölkerung, vor allem auch der Jugend gebracht werden. Auch die bereits in großer Zahl vorhandenen Unfallverhütungsbilder, nur ein Auszug für die Reichs-Unfallverhütungs-Woche beigestellten Werbeplakat werden als Propagandamittel dienen.

Zur Vorbereitung, Durchführung und Organisation der Reichs-Unfallverhütungs-Woche ist den einzelnen Orten ist die Bildung von Ausschüssen geplant. In diesen Ausschüssen ist neben den Vertretern der Berufsgenossenschaften, der Unternehmerverbänden und der Gewerkschaften auch an eine Mitarbeit der Gemeindeverwaltungen und sonstiger am Orte befindlicher Behörden gedacht. Als Zwischenorganisation zwischen der Berliner Zentralstelle und diesen Ortsausschüssen wird in allen Bezirken und Provinzialverbänden gleichfalls ein entsprechender Ausschuß gebildet werden. In diesen Ausschüssen werden die Beziehungen der Gewerkschaften und des ADGB. mitzuwirken haben.

Das Organisationsbüro der Reichs-Unfallverhütungs-Woche wird in Kürze in tausend erscheinenden „Rundschreiben" allgemeine und spezielle Vorschläge zur Durchführung der Reichs-Unfallverhütungs-Woche veröffentlichen. Auch sollen Broschüren, Zeitungsartikel, Anleitungs- und Lehrmaterials über diese Fragen bekanntgegeben werden. Das Programm der Reichs-Unfallverhütungs-Woche liegt noch nicht endgültig fest. Es wird jedoch nur eine Art Rahmen darstellen, der den örtlichen Stellen Platz, in welcher Weise sie die Unfallverhütungs-Propaganda gestalten können, im übrigen lassen aber volle Bewegungsfreiheit läßt.

Eine Senkung der Unfallziffern und eine Einschränkung der durch die Gefahren des täglichen Lebens eintretenden Beruf- und Arbeitsunfall und Gesundheit müssen die sichtbaren Erfolge der Reichs-Unfallverhütungs-Woche werden.

Es ist einzusehen, alles einzusetzen, daß die Reichs-Unfallverhütungs-Woche nicht nur äußerlich wirkungsvoll in Erscheinung tritt, sondern auch praktische Resultate zeitigen werden.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 1. September 1928 in Hamburg der beabsichtigten Unfallverhütungs-Propaganda volle Unterstützung zugesagt. Den Gewerkschaftsinstallationen erwächst nun die Pflicht, zum guten Gelingen der Reichs-Unfallverhütungs-Woche durch intensive Mitarbeit beizutragen.

Arbeiterinnen-Rundschau

Die alte Näherin

Sie näht und näht. Der Mittag schwimmt
im Hofe zäh und breit.
Fliegen summen. Das Fenster glimmt.
Zum Ruhen keine Zeit.
Die Nähte eilen. Blendend geht
das Kleid in ihrer Hand.
Die Braut will nicht mehr warten, steht
im Kalender an der Wand.

So geht das immer. Jahr um Jahr
schmückt sie schon Braut um Braut.
Manchmal an glänzendem Altar
sie still ihr Werk beschaut. —
Doch über fremdem Fest und Glück,
Maschinenlärm und — Stich
blieb nie ein Fleckchen Zeit zurück,
ein Rest fürs eigne Ich.

Sie sitzt und zieht von früh bis spät
Der Fäden Zeilenspur —
und emsig mit ihr sticht und näht
die kleine Stubenuhr
in nie zu Saum gebrachtem Rund
ihr graues Seufzerkleid.
Es fällt ihr an Stirn und Mund
die Konkurrentin: Zeit.

Willibald Krain in „Wahren Jacob".

Forderungen für die Frauen im Betriebe

Beschlossen auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel.

Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung muß sein:

Freiheit für die Frauen, sich ihren Lebenswerg nach ihren Kräften und nach ihrem Können zu gestalten

Arbeitsbedingungen, die den Erwerbsarbeit verrichtenden Frauen die erforderlichen Kräfte und Fähigkeiten zu körperlicher und geistiger Entwicklung erhalten und die sie nicht hindern, die den Frauen von der Natur zugewiesenen Funktionen als Geschlechtswesen zu erfüllen.

Da technischer Fortschritt und andere Ursachen Veränderungen in der Art der Warenproduktion und -verteilung und im Zusammenhange damit auch Veränderungen in der Art der Verwendung von Frauenkräften hervorrufen können, lassen sich Forderungen im einzelnen auf lange Sicht nicht aufstellen.

Als Mindestforderungen müssen aber gelten:

1. Begrenzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden täglich und auf höchstens 48 Stunden in der Woche für alle erwachsenen Frauen in Betrieben jeder Art und jeden Berufs.

2. Eine Entlohnung der Frauen, die es ihnen ermöglicht, als Kulturwesen zu leben, die unter Berücksichtigung des Wertes der Frauenarbeit für die Produktion und für die Gesellschaft als gerecht bezeichnet werden kann. Tot in der Arbeiterbewegung geltende Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung", muß bei der Festlegung der Lohnhöhe für Frauen beachtet werden.

3. Ausreichender Schutz gegen Gesundheitsgefahren aller erwerbstätigen Frauen.

4. Ausreichende Schonfristen für alle erwerbstätigen Frauen vor und nach der Niederkunft unter Gewährung einer ausreichenden Unterstützung in dieser Zeit.

Der Arbeit jugendlicher Arbeitnehmer ist besondere Beachtung zu schenken. Art und zeitliche Ausdehnung der Arbeit muß berücksichtigen, daß die jugendlichen Arbeitnehmer Zeit und Kraft erübrigen müssen für berufliche, geistige und körperliche Entwicklung neben der Zeit für die Erholung.

Zur Durchführung dieser Forderungen ist die Mitarbeit der erwerbstätigen Frauen notwendig, die nur durch gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeitnehmer erreicht werden kann.

Lohngestaltung der Männer und Frauen

Die gleiche Bezahlung der Männer und Frauen wird sich bekanntlich in keinem Staate der Welt durchsetzen. Man hält es für selbstverständlich, daß die Frau geringer bezahlt wird als der Mann. Nun ist allerdings die Lohnhöhe der Männer und Frauen nicht so ohne weiteres vergleichbar, weil die Frauen vielfach in anderen Berufen beschäftigt sind als der Mann usw., andere Arbeit verrichten. Trotzdem bietet ein Vergleich in den verschiedenen Ländern lehrreiches Anschauungsmaterial. Der bekannte Statistiker Mr. Wontinch unterzieht in der Volkswirtschaftlichen Beilage des „Betriebsrates" (Monatsschrift des Fabrikarbeiterverbandes) das Verhältnis der Löhne zwischen Männern und Frauen in mehreren Ländern. Dabei kommt er zu einem lehrreichen Ergebnis. Die Lohnsätze der Frauen betrugen gegenüber den Männern in Prozent:

	1913	1926 27
Frankreich	70,0	57,8
Schweden	55,5	60,5
Dänemark	58,8	60,7
Norwegen	56,3	62,7
Vereinigte Staaten	59,2	61,9
Australien	48,2	50,8
Deutschland Textilindustrie, gelernte Arbeiter	72,0	70,7
Deutschland Textilindustrie, ungelernte Arbeiter	74,8	73,9
Deutschland Bekleidungsindustrie, gelernte Arbeiter	58,1	63,2
Deutschland Bekleidungsindustrie, ungelernte Arbeiter	71,1	61,5

Es ist eine erfreuliche Entwicklung, daß die Lohnsätze der Frauen im Verhältnis der Männerlöhne in fast allen Ländern steigen sind. Zu bedauern sind die Arbeiterinnen in der Textilindustrie, sowohl die gelernten als auch die ungelernten, den Männerlöhnen weiter gekommen. Das Verhältnis ist hier ein besseres als in den übrigen Ländern. Bei den ungelernten Arbeiterinnen der deutschen Bekleidungsindustrie allerdings hat sich das Verhältnis gegenüber den Vorkriegszeit verschlechert. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß für gleiche Arbeit gleiche Lohnsätze bezahlt werden müssen. Die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Frau muß vor allem in der Angleichung der Einkommensverhältnisse ihren Ausdruck finden.

Kinderzahl und Lebenstauglichkeit

Bei den [illegible] ist eine hohe Kinderzahl eine Gefahr für den Nachwuchs. Das beweisen [illegible] Untersuchungen, die von den Berliner Ärzten Dr. Marx und Maria Messe angestellt worden sind. Allerdings waren die Ziffern von vier oder mehr Kindern nicht ausreichend, um hier aus der statistisches Ergebnis ableiten zu können, doch zeigen uns die Zahlen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Familien mit ein, zwei und drei Kindern, die von den beiden Ärzten in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege in anderem Zusammenhang bekanntgegeben werden, deutlich, wie sehr Kinderzahl und gesundheitliche Qualität der Kinder zusammenhängen.

So konnten z. B. von den Kindern, die die einzelnen Kinder in den Familien waren, 87,1 Prozent der Gruppe „gut" eingeordnet werden, in den Familien, die drei Kinder hatten, hingegen diese Kinder aber in der Gruppe „gut" nur 1,2 Prozent auf.

Ähnlich war es in der mittleren Gruppe. Von den [illegible] Kindern zählten zu dieser Gruppe 43,9 Prozent, doch von den

Familien mit drei Kindern konnten nur 27,3 Prozent dieser Gruppe zugeteilt werden.

Unendlich besser war es in der Gruppe „schlecht". Ihr gehörten von den einzigen Kindern nur 8,7 Prozent an, zahlen stellten die Familien mit drei Kindern zur dieser Gruppe 54,5 Prozent.

Wenn unter den Familien mit ein, zwei und drei Kindern bereits solche Unterschiede in der Gesundheit der Kinder festgestellt werden konnten, wie wird der gesundheitliche Zustand da in den Familien mit vier und mehr Kindern sein? Die sozialen Lebensbedingungen unserer Zeit gestatten kaum an die kleinste Familie. Da bedeutet die zahlreiche Familie eine schwere Beeinträchtigung der gesunden Volkskraft. Daß aber selbst zwei oder drei Kinder bereits den gesundheitlichen Zustand der Familie unmittelbar beeinflussen, beweist uns, wie wichtig die sozialen Lebensverhältnisse heute selbst einer normalen Volksentwicklung entsprechen. Eine Besserung der Lebensbedingungen bedeutet daher eine Stärkung unserer Volksentwicklung und Volkskraft. Daß in den Familien mit nur drei Kindern schon mehr als die Hälfte zur schlechten Gruppe zählt, während ihr von den einzigen Kindern noch nicht ein Zehntel angehört, bedeutet doch wirklich eine ernste Mahnung.

Wer kann Vormund werden?

Von Amtsinspektor Henneberg (Essen)

Wer einmal Gelegenheit haben konnte, in einer Vormundschaftsabteilung während der Sprechstunden anwesend zu sein, wird die Erfahrung machen, daß ratsuchende Leute meist Mode in der Volksgenossen in den verschiedensten Rechts- und Lebensfragen Rat und Auskunft suchen. Wer aber selbst als Rechtspfleger in einer solchen Abteilung tätig ist, weiß auch, wie wenig Mitbürger über das Wesen der Vormundschaft und die damit zusammenhängenden Fragen unterrichtet sind.

Im folgenden sollen einige erläuternde und belehrende Ausführungen über die Vormundschaft selbst, ihre Einrichtung, sowie die Rechte und Pflichten des Vormundes gegeben werden.

Vorweg sei bemerkt, daß jeder Deutsche die Pflicht hat, eine Vormundschaft zu übernehmen; denn das Amt des Vormundes ist ein Ehrenamt.

Da ein solches Amt aber auch Arbeit und Sorge mit sich bringt, und da nicht jedermann in der Lage ist, solche auf sich zu nehmen, hat das Gesetz die Möglichkeit gegeben, die Uebernahme abzulehnen. Eine Frau konnte vor Inkrafttreten des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes stets die Uebernahme ablehnen. Es wurde angenommen, daß sie bei Besorgung ihrer eigenen Hausfrauengeschäfte wenig oder gar nicht Zeit fände, noch für andere zu sorgen. Im heutigen Staate ist die Frau aber dem Manne gleichgestellt, und wer wollte bestreiten, daß in manchen Fällen gerade die Frau außerordentliches Geschick und großes Zartgefühl an den Tag legt, wenn es gilt, Kinder zu betreuen. Zu dem heute eine Frau die Uebernahme nur ablehnen, wenn sie mehrere noch nicht schulpflichtige Kinder hat oder haushalt macht, daß die Sorge für die eigene Familie die Ausübung des Amtes behindern erschwert. Hat jemand das 60. Lebensjahr bereits vollendet, oder machen ihm Krankheit oder Gebrechen die ordnungsmäßige Führung unmöglich, so kann auch dieser die Uebernahme ablehnen, ebenso, wer bereits eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. In allen Fällen ist das Ablehnungsrecht aber vor der Bestallung zum Vormund geltend zu machen, sonst erlischt es.

Außer den Personen, die die Uebernahme einer Vormundschaft ablehnen können, gibt es auch solche, die zum Amte eines Vormundes unfähig oder untauglich sind. Wer in der Geschäftsfähigkeit beschränkt oder wegen Geisteskrankheit, Trunksucht oder Verschwendung entmündigt ist, ist selbst pflegebedürftig und steht unter Vormundschaft. Er kann also niemals zum Vormund eines anderen bestellt werden.

Vermag jemand seine eigenen Vermögensangelegenheiten nicht zu besorgen, und hat er zu diesem Zwecke einen Pfleger erhalten, oder ist jemand in Konkurs geraten, so soll auch dieser nicht zum Vormund bestellt werden. Ja, wie oben schon erwähnt, das Vormundsamt ein Ehrenamt ist, so ist es selbstverständlich, daß jemand, der der bürgerlichen Ehrenrechte für verlustig erklärt ist, dieses Ehrenamt nicht ausüben soll. Ist eine der letztgenannten Personen trotzdem zum Vormund bestellt, so hat er das Amt bis zu seiner Entlassung auch vollwertig inne, während die Bestallung einer unfähigen Person nichtig ist.

Den zum Vormund Ausgewählten kann das Vormundschaftsgericht durch Ordnungsstrafen von 1 bis 1000 ℳ zur Uebernahme anhalten.

Die Bestallung des Vormundes erfolgt namens des Vormundschaftsgerichts durch den Rechtspfleger; dieser verpflichtet den Vormund durch Handschlag an Eides Statt zu treuer und gewissenhafter Führung der Vormundschaft. Der Vormund erhält als Ausweis eine Bestallung. Sie hat nur die Bedeutung eines Legitimationspapieres, daß er zum Vormund bestellt ist. Ein Dritter, der mit einem Vormund Rechtsgeschäfte abschließt, wird nicht gegen irgendwelche eingetretene Aenderungen in der Vertretungsmacht geschützt. Der Mündel hat hierdurch entstehende Nachteile nicht zu tragen. Das Gesetz bestimmt deshalb, daß der Vormund nach Beendigung der Vormundschaft die Bestallung dem Gericht zurückzugeben hat. Trotzdem soll verhütet werden, daß heimlich gewordene Bestallungen im Verkehr umlaufen.

Selbständige Frauen

Durch die Weltwirtschaftskrise ist fast erschreckend auch die Zahl der selbständigen Frauen in Deutschland festgestellt worden. Es gibt sich daraus eine verhältnismäßig große Anteilziffer von selbständigen Frauen, die als weibliche Ärzte und Zahnärzte, Apothekerinnen, Musikschulen usw. tätig sind, sowie einzelstehende Musikerinnen, Erzieherinnen von Kindergarten und Hortnerinnen. Auch in der Landwirtschaft kann die Zahl der selbständigen Frauen nicht klein genannt werden. Reinlich ist es in der Gruppe Industrie und Handwerk, wenn an die große Anzahl der selbständigen Näherinnen gedacht wird. Daß im Handel und Verkehr unter den Eigentümern Frauen stark vertreten sind, nimmt nicht wunder, angesichts der vielen Mandelläden und des Gemüse- und Obstverkaufs, die vielfach im Besitz von Frauen sind.

Von 1912 bis 1927 wurde an den deutschen Handwerks- und Gewerbekammern von Frauen in folgenden Berufen Meisterprüfungen abgelegt: Schneiderinnen 118,013, Putzmacherinnen 34,287, Friseurinnen 4201, Weißnäherinnen 2969, Stickerinnen 675, Photographinnen 549, Buchbinderinnen 114, Weberinnen 27, Glasierinnen 28, Bäckerinnen 27, Gärtnerinnen 23.

Von 1912 bis 1927 wurden an den deutschen Handwerks- und Gewerbekammern von Frauen in folgenden Berufen Meisterprüfungen bestanden: Schneiderinnen 25,349, Putzmacherinnen 6189, Weißnäherinnen 890, Friseurinnen 370, Stickerinnen 124, Photographinnen 50, Bäckerinnen 36, Buchbinderinnen 27, Glasierinnen 16, Weberinnen 12.

Familienkrankenhilfe

Nach der soeben veröffentlichten amtlichen Statistik der deutschen Krankenversicherung im Jahre 1925 hatten 8 v. H. aller Krankenkassen mit 95 v. H. der Mitglieder Familienkrankenhilfe eingeführt. Noch günstiger ist das Verhältnis bei den Ortskrankenkassen, von denen nach einer von Hauptverband Deutscher Krankenkassen für 1927 aufgestellten Statistik 97 v. H. der Kassen mit 99 v. H. der Mitglieder, darunter sämtliche Kassen in Groß- und Mittelstädten, diese satzungsmäßige Mehrleistung gewähren. Selbstverständlich ist der Umfang der Familienkrankenhilfe noch außerordentlich verschieden. Wirklich umfassende Maßnahmen, d. h. die Gewährung von freier Arzthebandlung, Arznei- und Heilmittelversorgung für mindestens 26 Wochen und volle oder teilweise Uebernahme der Kosten für Krankenhausbehandlung und Hausbehandlung traten nach der 141 Kassen mit über 2,000,000 Mitgliedern. Sie kommen etwa einem Drittel der von der Statistik des Hauptverbandes erfaßten Mitgliedschaft gleich. Schätzungsweise beträgt die Zahl der von der Familienhilfe der deutschen Krankenkassen erfaßten Angehörigen 15 Millionen, darunter etwa 9 Millionen Kinder unter 15 Jahren.

Schlechte Beschaffenheit der Füße schon im Kindesalter

In neuester Zeit haben die Schulärzte eine Aufmerksamkeit dem Zustande der Füße der Schulkinder zugewandt, und da ist man zu dem erschreckenden Ergebnis gekommen, daß die anormale Entwicklung des Fußes heute fast das Normale ist. Nach den Ausführungen, die Dr. Zorge hierzu in der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege" bringt, zeichnen sich besonders die Mädchen durch anormale Füße aus. Der Knick- und der Plattfuß sind sehr verbreitet. Die Feststellungen dieses Kreisarztes in Verbindung mit den übrigen Untersuchungen auf diesem Gebiete brinnen Dr. Zorge zu der Befürchtung, „daß die gegenwärtig heranwachsende weibliche Generation zu einem großen Teile plattfüßig und mit erheblichen Fußbeschwerden behaftet sein wird, unfähig zu größeren Spaziergängen oder überhaupt zu starkerer Beanspruchung der Füße". Besonders bedenklich erscheint uns diese Tatsache angesichts der ungeheuren Zahl von Frauen, die im Erwerbsleben darauf angewiesen sind, im Stehen und Gehen ihre Beschäftigung auszuüben und hierfür zum großen Teile gesunde Füße nötig hat. Darum verdient die Forderung Dr. Zorges weitgehende Beachtung, „daß die Schulärzte dem Zustande des Fußskeletts der Schulkinder erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden".

Warum heiraten die Männer?

Der eine freit um Dukaten,
Der andere nur um das Gesicht;
Der Dritte, weil es andere taten,
Der Vierte, weils die Mutter spricht;
Der Fünfte tut's, um sich zu setzen,
Der Sechste denkt: Es muß so sein;
Der Siebente tut's ums Ergötzen;
Der Achte, weil die Schulden schreien;
Der Neunte tut's nur um die Ahnen,
Der Zehnte, sich sein Glück zu bahnen;
Den Elften, Zwölften fragt: Warum?
Sie wissen's nicht; sie sind zu dumm!

Bremischer Kalender von 1671.

Zwei Wege stehen uns offen; den einen, der zum Krieg und Hunger führt, haben die Nationen schon beschritten, der andere ist der Weg, den die Arbeiterbewegung vorzeichnet. Er führt zu Frieden und Nahrung. Die Mütter können zur Bereitung des Weges zum Frieden viel beitragen. Wir dürfen nicht nur gegen den Krieg sein; wir müssen auch eine aufbauende Politik der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und Müttern aller Länder anstreben. Die Idee der Mutterpflicht muß nicht nur ein Gefühl sein, sondern sich in dauernder Zusammenarbeit der Völker in der Produktion und dem Austausch von Gütern und Kenntnissen kundgeben. Sie muß eine internationale Wirklichkeit werden und die Grundlage zur Ueberleitung des Nationalismus zu einer internationalen Einheit der Arbeiter aller Länder.

Fr. Marion Phillips,
Geschäftsführerin der Frauenabteilung der britischen Arbeiterpartei.

Cuxhaven und die deutsche Fischwirtschaft

(Schluß.)

Die Hochseefischerei-Motorkutter sind zum größten Teil in dem durch den einbeinigen Dicker Gorch Fock in ganz Deutschland bekannt gewordenen hamburgischen Fischerort Finkenwarder zu Hause. Sie fischen im Frühjahr und im Sommer auf Schellen und Seezungen in der deutschen Bucht der Nordsee, im Herbst und Winter in und vor der Elbmündung auf Sprott und Hering. Im Jahre 1926 brachten sie 12½ Millionen Pfund Fische im Werte von fast 600,000 ℳ am Cuxhavener Fischmarkt an.

Die Küstenfischerei-Motorkutter fischen im Sommer auf Aranden, im Herbst und Winter schwimmt alles auf Sprott und Hering. Sie machen nur kurze Fahrten von Cuxhaven aus und kehren meistens am gleichen Tage, an dem sie ausgelaufen sind, in den Häfen zurück. 5½ Millionen Pfund im Werte von 180,000 Reichsmark landeten sie im Jahre 1926 in Cuxhaven.

Der Fischmarkt von Cuxhaven hat in der verhältnismäßig kurzen Zeit, in der er besteht, eine schnelle und große Entwicklung zu verzeichnen. Im Gründungsjahre 1906 wurden nur 8 Millionen Pfund Fische angebracht. 1912 waren es schon 21 Millionen Pfund, 1924 15 Millionen Pfund und im Jahre 1926 ist der Umsatz auf 106 Millionen Pfund im Werte von 11 Millionen ℳ gestiegen."

Besichtigung von Betrieben am Cuxhavener Fischmarkt

1. Kühlfischwerk Cuxhaven.

Die vom Kühlfischwerk in der Auktion gekauften Fische werden geremigt, gekepft, in Dielsforte gelegt und mit diesen in eine Salzlake gebracht, die eine Temperatur von etwa minus 20 Grad Celsius hat. Je nach der Größe sind die Fische in ein bis eineinhalb Stunden durchgefroren. Sie werden dann in Eiswasser glasiert, um die Verdunstung bei kälterer Lagerung zu verhindern. Die Fische können dann in Gefrierräumen wochen- und monatelang aufbewahrt werden, ohne daß sie nach dem Auftauen frischen Fischen gegenüber an Geschmack verloren haben. Man kann sie entweder ungeteilt verkaufen oder aber sie werden in der Fabrik selbst, nachdem sie entgratet und entpudet sind, in Filetstücke zerschnitten, die alsdann in Pergamentpapier verpackt, dem Verbrauch zugeführt werden.

2. Fischkonservenfabrik der Deutschen Seefischhandels A.-G., Cuxhaven.

Die Fabrik ist eine der größten derartigen Betriebe in Europa und beschäftigt zur Zeit 465 Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Herstellung von Fischdauerwaren wird in folgenden Abteilungen betrieben:

1. Räucherei,
2. Braterei,
3. Fabrikation von Konsum Fischkonserven,
4. Fabrikation von feinen Fischkonserven.
5. Heringssalzerei.

In der Räucherei werden hauptsächlich geräucherte Heringe, auch Bückinge, hergestellt. Außerdem werden auch noch geschnittene Fische von anderen Fischen, schließlich kleine Seefische und Makrelen als ganze Fische geräuchert.

In der Bratere stellt man die so sehr beliebten Bratheringe her, die mit Essig Sauce in Blechdosen eingelegt werden.

Die Fabrikation von Konsum Fischkonserven richtet sich fast ausschließlich auf die Verarbeitung von Heringen, die entweder gekocht und in Gelee eingelegt oder aber zu Rollmops und Bismarckhering verarbeitet werden.

Die Fabrikation von feinen Fischkonserven besteht in der Herstellung von Gabelbissen, Appetitsild, Heringen in Mayonnaise, in Weiß Sauce, in Tomaten-Sauce, in Senf-Sauce, ferner in der Herstellung von geräuchertem Seelachs in Scheiben.

In der Heringssalzerei macht man aus den in Cuxhaven angebrachten Trawl Heringen die in Deutschland so beliebte Tauerware des Salzherings.

Die Fabrik stellt zur Zeit jährlich etwa 8 Millionen Dosen Fischkonserven her. Dazu kommt eine Tagesproduktion von bis zu 2000 Kisten (zu 5 Pfund) Bücklinge.

3. Seelachskonservenfabrik von Werber & Schütt, Cuxhaven.

Diese Firma, die heute 120 Arbeiterinnen beschäftigt, stellt lediglich die seit beliebte Fischkonserve „Seelachs in Scheiben" her. Der Seelachs (Gadus virens), ein Verwandter des Kabeljaus und des Schellfisches, wird gespalten, dann eingesalzen und, wenn er salzgar ist, geräuchert. Nach der Räucherung wird er in dünne Scheiben geschnitten, die dann mit Hilfe eines pflanzlichen Färbemittels lachsrot gefärbt werden. Schließlich erfolgt die Einlegung der Lachsscheiben in Blechdosen unter Verwendung von feinstem Speiseöl.

Der Absatz dieses Fabrikats in Deutschland ist zur Zeit außerordentlich groß und nimmt ständig zu.

4. Cuxhavener Klippfischwerke, A.-G., Cuxhaven.

Der Kabeljau (Gadus morrhua) wird in den nordischen Meeren zeitweise in so ungeheuren Mengen gefangen, daß seine Verwertung im frischen Zustande ausgeschlossen ist. Man verarbeitet ihn deswegen zu Dauerwaren. Die Cuxhavener Klippfischwerke A.-G. stellt aus dem Kabeljau und einigen seiner Verwandten Klippfisch her. Das geschieht dadurch, daß der Fisch vom Bauch bei aufgespaltenen, die Mittelgräte zum größten Teil entfernt und der Fisch dann eingesalzen und auf Stapel gesetzt wird. Wenn er salzgar ist, wird er getrocknet, und zwar trocknet die Cuxhavener Fabrik, wie es auch in dem Ursprungslande des Klippfisches, nämlich in Norwegen und auf Island geschieht, den Fisch unter freiem Himmel und nur die Nachtrocknung geschieht durch künstliche Wärme und künstlichen Luftzug. Das gibt ein besseres und vorzüglicheres Fabrikat als die anderwärts angewandte Trocknung des Klippfisches nur durch künstliche Trocknungseinrichtungen.

Klippfisch ist ein Stapelartikel auf dem Weltmarkt und wird in Portugal, Spanien, Italien und anderen Mittelmeerländern, sowie in allen Ländern Südamerikas und Zentralamerikas in besonders großen Mengen verbraucht. Die Bedeutung der deutschen Klippfischindustrie besteht u. a. auch darin, daß ein mit deutscher Arbeit von deutschen Schiffen in dem allen Nationen freien Meere gewonnenes Nahrungsmittel durch die Arbeit deutscher Fabriken zu einem wertvollen Exportartikel veredelt wird.

5. Cuxhavener Fischmehl- und Dampfranwerke A.-G., Cuxhaven.

An allen Fischmärkten ergeben sich dadurch, daß die großen Fische meistens ohne Kopf ins Binnenland gesandt werden und daß auch bei der Konservenfabrikation viele Abfälle entstehen, große Mengen von Abfallstoffen. Es kommt hinzu, daß in den heißen Sommermonaten leider immer noch für den menschlichen Verbrauch in jeder Beziehung geeignete Seefische infolge des geringen Seefischverbrauchs in der warmen Jahreszeit dem menschlichen Verbrauch nicht zugeführt werden können und daher ebenfalls in die Fischmehlfabriken gebracht werden müssen.

Aus allen diesen Zufuhren stellt die Fischmehlfabrik durch Trocknung und Mahlung ein hochwertiges Futtermehl her, das in der Schweinemast heute unentbehrlich ist, aber auch in der Karpfen- und Forellenzucht außerordentlich geschätzt wird.

Der aus der Leber der Fische in den an Bord der Fischdampfer vorhandenen Trankochereien gewonnene Tran wird in dem gleichen Werke veredelt, ebenso wie man dort aus den fetthaltigen Fischen, wie dem Hering, Tran extrahiert.

6. Cuxhavener Eiswerke A.-G., Cuxhaven.

Jeder Fischmarkt braucht außerordentlich große Mengen von Eis, da an Bord der Fischdampfer die gefangenen Fische sofort geschlachtet und mit kleingemahlenem Eis im Fischraum sorgfältig verpackt werden, andererseits die „Fischerlandgeschäfte" große Mengen von Eis beziehen, um die Fische auf dem Transport von der Küste bis zum binnenländischen Verbraucher frisch zu halten.

Am Cuxhavener Fischmarkt gibt es drei Eisfabriken, von denen eine der Stadt Cuxhaven, zwei der Cuxhavener Eiswerke A.-G. gehören. In der neuesten Fabrik dieser Gesellschaft werden große Eisplatten von 5 Meter Länge, 3 Meter Höhe und 30 Zentimeter Dicke hergestellt, die je 5000 Kilogramm wiegen. Die werden maschinell zerkleinert und das gemahlene Eis den Fischdampfern und den Fischerlandgeschäften in von elektrischen Schleppern gezogenen Wagen zugeführt. Die Cuxhavener Eiswerke A.-G. kann in ihren beiden Fabriken innerhalb von 24 Stunden etwa 250,000 Kilogramm Eis herstellen.

7. Landbetrieb der Cuxhavener Hochseefischerei A.-G., Cuxhaven.

Die Cuxhavener Hochseefischerei A.-G., zur Zeit die größte Fischereigesellschaft Deutschlands und der ganzen Welt, verfügt über 45 eigene Fischdampfer. Sie verfolgt den Grundsatz, soweit es möglich ist, alle Arbeiten, die sich in ihrem Betrieb ergeben, in ihren eigenen Werkstätten herzustellen. Zu betreiben sie eine große Werkfabrik, in der von Arbeitern und Arbeiterinnen die einzelnen Netzteile gestrickt und später zu dem großen trichterförmigen Netzsack zusammengesetzt werden. In den Holzbearbeitungswerkstätten werden die das Netz aufspannenden Scheerbretter hergestellt und sonstige Holzarbeiten vorgenommen. In der Maschinenwerkstatt und in der Schmiede werden alle Arbeiten an der Maschine und am Schiffskörper ausgeführt mit Ausnahme derjenigen am Unterwasserschiff, für die die Schiffe auf der beiden Cuxhavener Werften aufsuchen müssen. Für alle Erfordernisse des Schiffsbetriebes, vom Maschinenöl, den Farben, den Gefäßen, den Bedarfsartikeln für Dampf- und elektrische Maschinen, bis zu den Bedarfsartikeln der Schiffsküche unterhält die Gesellschaft ein großes Lager, sowie ein Schiffswarenhaus und außerhalb der Gebäude liegen große Lager von Kohlen, mit denen die Schiffe vor jeder Ausreise reichlich versehen werden müssen. Der Betrieb der Gesellschaft ist mustergültig und vorbildlich für die Betriebsform einer großen Fischdampfer-Reederei.

System Bata

In der „Schuhfabrikanten Zeitung" Heft 85 finden wir folgende Tatsachen:

„Die Lohnpreise hat sich in der letzten Zeit wiederholt mit dem System Bata beschäftigt. Hierbei war es insbesondere die sozialökonomistische und soziale Arbeiterpreise, die mit Entschiedenheit gegen dieses System Stellung nahm.

Kürzlich liegt auch die Aeußerung eines großen bürgerlichen Blattes, der „Kölnischen Zeitung", vor. Ein Redakteur derselben war kürzlich in Zlin und hat auf Grund der dort gewonnenen Eindrücke seine Auffassung in dem genannten Blatte niedergelegt.

Es dürfte deshalb von Interesse sein, einige markante Stellen aus dieser Veröffentlichung kennenzulernen.

Bezüglich der allgemeinen Lage von Zlin heißt es:

„Die Fahrt zur Batastadt führt in fernste, dumpfe Provinz, ins Osmahrische an die Ausläufer der Weißen Karpathen. Zlin war das, was Poseuckel bei uns, was Angoulême in Frankreich bedeutet."

An einer weiteren Stelle heißt es:

„Es (das Bata-System) ist in seiner **Autokratie** nur in der tiefen Abgeschiedenheit des armen Osmährens möglich, schon in Prag wäre es psychologisch gefährdet. Es ist nur erfolgreich, weil die tschechische Krone so tief steht, weil im exportierten Bataschuh, gemessen an den Lohnkosten valutastarker Länder wie Deutschland, so geringe Lohnanteile stecken. Es kann nur gelingen, weil Bata nicht durch die Schranken und Fußangeln einer ausgedehnten Sozialgesetzgebung in der freien Entfaltung seines Systems, in seiner **Industriediktatur** gehemmt wird und nicht mit einem für uns normalen Bedürfnis nach politischer Unabhängigkeit, sozialer Kritik und kulturellen Dingen in seiner Belegschaft zu rechnen braucht."

Ueber die viel gerühmte Arbeitsmethode Batas äußert sich der Redakteur der „Kölnischen Zeitung", wie folgt:

„Mit welchen Methoden arbeitet Bata? Er hat alle seine Abteilungen als selbständige Wirtschaftskörper mit Gewinnbeteiligung aufgegangen und innerhalb dieser Körper jeden Arbeiter für seine Leistung unmittelbar verantwortlich gemacht. Das heißt, daß jede Abteilung auf eigenes Risiko arbeitet, von den vorhergehenden einkauft, an die folgende verkauft. Das heißt wiederum, daß jede Abteilung das Vorprodukt prüft und zurückweist, wenn es schlecht ist, denn täte sie es nicht, riskierte sie, von ihrem Abnehmer bestbar gemacht zu werden. Infolgedessen beaufsichtigt jede Werkstatt die Vorproduktion, jeder Arbeiter seinen Vordermann. Wird ein Erzeugnis für schlecht befunden, so muß die Werkstatt den **Verlust** zum großten Teil tragen. Kann sie ausbessern, wird sie es versuchen, aber da das Arbeitsprogramm sehr scharf angelegt ist, wird das im allgemeinen nur durch Ueberarbeit möglich sein. **Die achtstündige Arbeitszeit wird infolgedessen nicht eingehalten.** Die Selbständigkeit der Wirtschaftskörper ist aber **nur fiktiv.** Das gilt auch für das Verkaufssystem, für die selbständigen Filialleiter. Denn Bata bestimmt den Verkaufspreis, **kann jederzeit jeden Vertrag ändern,** liefert Räume, Maschinen, Kapital, Rohstoffe, setzt auch die Bewertungsgrundsätze an. **Der Filialleitervertrag z. B. ist wohl der verwickelste und gefährlichste Arbeitsvertrag, den es auf der Welt gibt."**

Aber jedenfalls dürfen wir feststellen, daß der Filialleitervertrag, von dem die „Kölnische Zeitung" schreibt, er sei „wohl der verwickelste und gefährlichste Arbeitsvertrag, den es auf der Welt gibt", bereits in der Fachpresse veröffentlicht worden ist.

Die „Schuhhändler-Zeitung" hat im Heft 28 vom 13. Juli 1928 den Vorlaut des genannten Vertrages abgedruckt und darauf hingewiesen, mit welchem Raffinement hier den Filialleitern Pflichten und Lasten auferlegt werden.

Der sonst so prompte Dementiererapparat des Bataschen Propagandaburos hat in diesem Falle versagt. Bis jetzt ist nämlich der „Schuhhändler Zeitung" weder eine der üblichen Berichtigungen noch eine der unausbleiblichen Klagen zugegangen, trotzdem bereits seit der Veröffentlichung ein Vierteljahr verstrichen ist.

Bekanntlich hat die Firma Bata den Redakteur der „Schuhfabrikanten Zeitung", Herrn Carl **Prill,** und den Redakteur des Blattes „Der Schuhmacher", Herrn Otto **Trefflich,** beim Landgericht I Berlin auf Unterlassung von Behauptungen verklagt.

Die beiden Redakteure hatten in ihren Blättern auch die Behauptung aufgestellt, daß das Arbeitsverhältnis bei der Firma Bata ein Diktat und gegen die Firma Bata der Vorwurf des sozialen Dumping zu erheben sei.

Das Landgericht I Berlin hat in seiner Entscheidung diese Behauptungen der Beklagten als zutreffend anerkannt. Auf Grund der Klagen des Filialleitervertrages, den die „Kölnische Zeitung" als den wohl gefährlichsten Arbeitsvertrag bezeichnet, den es auf der Welt gibt, auf Grund des bei Bata bestehenden Obermeistervertrages, auf Grund der gerichtlichen Feststellung, daß bei der Ausgestaltung der viel gerühmten Gewinnbeteiligung sich das einseitige Bestimmungsrecht Batas zeige, daß diese Gewinnbeteiligung ohne Angabe von Gründen jederzeit widerrufen werden könne, daß die Auszahlung eines Teiles des Gewinnes von dem Ermessen Batas abhängig sei, auf Grund der ferneren gerichtlichen Feststellung, daß Fallhöhe und Höhe der Vertragsstrafen einseitig von den Vorgesetzten der Arbeitnehmer bestimmt wurden, hat das Gericht den Schluß gezogen, daß die einseitige Bestimmung des Vertragsverhältnisses durch Bata in allen diesen Fällen es rechtfertige, wenn die beklagten Redakteure behaupteten, Bata kenne nur ein Arbeitsverhältnis, das ein Diktat sei; hat das Gericht ferner erklärt, daß diese Gestaltung des Arbeitsvertrages im Betriebe Batas auch den gegen ihn erhobenen Vorwurf des sozialen Dumping rechtfertige.

Die „Kölnische Zeitung" geht noch darüber hinaus, indem sie bei Bata ein weltwirtschaftliches Dumping als gegeben ansieht, das dreifacher Art ist: sozial, valutarisch und milieumäßig.

In dem erwähnten Rechtsstreite war auch ein Gerichtsbeschluß ergangen, zufolge dessen das deutsche Gericht eine Besichtigung des Bataschen Betriebes vornehmen wollte. Kaum war dieser Beschluß erlassen, so war in fast allen tschechischen Zeitungen, mögen sie in tschechischer, mögen sie in deutscher Sprache geschrieben sein, hierüber zu lesen. Sofort wurde dieser Beschluß eines deutschen Gerichtes nach bekannter Manier in propagandahafter Weise ausgenutzt. Mit einem Male ist es jedoch um diesen Beschluß und seine propagandahafte Ausnutzung still geworden. Das tschechische Ministerium hat nämlich seine Genehmigung zur Besichtigung des Bataschen Betriebes versagt, es also einem deutschen Gericht nicht gestattet, diesen Betrieb in amtlicher Eigenschaft zu besichtigen. Das tschechische Ministerium hat seine Stellungnahme damit begründet, daß eine solche Amtshandlung durch ein ausländisches Gericht in der Tschechoslowakei nach der tschechischen Zivilprozeßordnung unzulässig sei. Es müssen also die Bata-Juristen diesen tschechischen Paragraphen nicht gekannt haben, da sie sonst die erwähnte Besichtigung bei dem deutschen Gerichte wohl nicht angeregt hätten . . ."

Allgemeine Rundschau

Professor Walter Kaskel gestorben.

Im Alter von 46 Jahren ist der bekannte Jurist Dr. Walter Kaskel den Folgen einer schweren Operation erlegen. Der Verstorbene hatte sich als Kenner des Arbeitsrechts einen Namen gemacht. Er galt gemeinsam mit Professor Mohrbaum der Gruppe der Rechts- und Staatswissenschaften heraus. Das plötzliche Ableben eines unserer prominentesten Arbeitsrechtler, des Herrn Professor Dr. Kaskel, erfüllt auch die freien Gewerkschaften mit Trauer. War doch Professor Kaskel, vor allem den Berliner Verbandssekretären, in seinen an der Gewerkschaftsschule gehaltenen Vorlesungen immer ein ausgezeichneter und williger Ratgeber, so ist er auch den übrigen Funktionären durch seine Werke, wie das „Neue Arbeitsrecht" und andere hervorragende Schriften, oftmals ein Führer in arbeitsrechtlichen Streitfällen gewesen. Wer sich mit arbeitsrechtlichen Fragen zu befassen hat, empfindet diesen fast unersetzlichen Verlust besonders schwer.

Liquidierung der Technischen Nothilfe.

Wie vom „Vorwärts" mitgeteilt wurde, hat Reichsinnenminister Severing dem Leiter der Technischen Nothilfe unter dem 1. Oktober mitteilen lassen, daß zur Verfügung gestellten Reichsmittel ab 1. April 1929 nicht mehr ausgezahlt werden. Von diesem Termin an werden lediglich noch Mittel zur Abwicklung der Tätigkeit bereitgestellt. Der vom Reich zur Unterhaltung der Technischen Nothilfe zur Verfügung gestellte Betrag beläuft sich auf rund 2½ Millionen Mark.

Neue Anträge auf Erhöhung des Kohlenpreises

sind überraschenderweise beim Großen Ausschuß des Reichskohlenrats und des Reichskohlenverbandes sowohl durch das mitteldeutsche als auch durch das ostelbische Braunkohlensyndikat eingebracht worden. Begründet werden die Anträge mit den letzten Schiedssprüchen über Arbeitsverhältnisse in den betreffenden Gruben. Das rheinische Braunkohlensyndikat hat keinen Erhöhungsantrag eingebracht.

Schuharbeiterlöhne in Amerika

(Ergänzung zu dem Aufsatz in Nr. 42)

Auf dem Gebiet der Lohnstatistik sind die amerikanischen Arbeiter von uns zu beneiden. Denn wenn bei uns in Auseinandersetzungen mit den Unternehmern die Sprache auf die wirklich erzielten Verdienste kommt, erlebt man immer wieder, daß Behauptung gegen Behauptung steht. Die Arbeitervertreter bringen Material, das beweist, daß manche Unternehmer mit Zähigkeit das Ziel verfolgen, daß ja nicht zu viele Arbeiter sich zu sehr nach oben von dem tariflichen Mindestlohn entfernen. Die Unternehmervertreter wiederum tragen fast jedesmal die Behauptung vor, daß die Mindestlöhne in weitestem Maße nach oben überschritten wurden. Es fehlt an einer Lohnstatistik, mit der man die tatsächlichen Verhältnisse richtig beleuchten könnte.

In Amerika wird eine solche Lohnstatistik von amtlicher Seite gepflegt. Und zwar liegen bereits vergleichbare statistische Ermittlungen vor, zurück bis zum Jahre 1907. Was die amerikanische Lohnstatistik für die Schuhindustrie auszeichnet ist, daß sie nicht den Hauptwert auf Nebensächliches legt. Es wird nicht unterschieden zwischen Arbeitern im Akkord oder im Zeitlohn. Der Hauptwert wird darauf gelegt, an Ort und Stelle die Verdienste, die in den einzelnen Wochen wirklich empfangen worden sind, zu ermitteln. In der Weiterverarbeitung des Materials wird dann nach Spezialisten der Arbeitsverrichtung vorgegangen.

In einem bereits veröffentlichten Artikel waren wir auf die Hauptergebnisse der amtlichen nordamerikanischen Lohnstatistik: „Wages and Hours of Labor in The Boot and Shoe Industrie" für 1926, der jüngsten Erhebung auf diesem Gebiet, schon eingegangen. Von großer Bedeutung für den Fachmann sind die speziellen Lohnuntersuchungen für die einzelnen Betriebsarten. Die Statistik für 1926 hat wieder, wie die vorhergehende, 14 der hauptsächlichsten Beschäftigungsarten (darunter 13 für Männerarbeit), die zusammen 5581 männliche und 7050 weibliche Arbeiter umfassen, für sich gesondert herausgehoben. Der Statistiker ist offenbar von der Absicht ausgegangen, nicht nur die bestbezahlten Spezialarbeiter, sondern auch weniger bedeutungsvolle Arbeitsverrichtungen hierbei heranzuziehen. Es fehlen beispielsweise die hoch bezahlten Gruppen der Einsetzer und der Ueberholer, während einige der weniger bedeutsamen Fertigmacherei Arbeiten mit herangezogen sind.

Den deutschen Fachmann wird die aus der Zusammenstellung ersichtliche Tatsache interessieren, daß in Amerika fur Arbeiten in der Vorrichterei und Stepperei, die bei uns ausschließlich von Frauen verrichtet werden, vielfach Männer herangezogen sind. Die nachfolgende Tabelle, die einen Auszug aus der Fülle des Inhalts der erwähnten statistischen Arbeit — das Endresultat aus den Tabellen über die 14 hauptsächlichsten Beschäftigungsarten — darstellt, zeigt, mit welcher Gründlichkeit die Lohnermittlung durchgeführt wurde.

Durchschnitts- und klassifizierte Löhne, tatsächlich verdient in einer Woche durch Beschäftigte in 14 typischen Berufsgruppen der Schuhindustrie. Nach Abteilung, Arbeitsverrichtung und Geschlecht. 1926.

Abteilung und Arbeitsverrichtung	Zahl der erfaßten Betriebe	Zahl der Arbeiter	Durchschnittslohn für Woche	Anzahl der Beschäftigten, welche tatsächlich einen Lohn (in Dollar) pro Woche hatten: unter 4 Dollar	4 und unter 6 Dollar	6 und unter 8 Dollar	8 und unter 10 Dollar	10 und unter 12 Dollar	12 und unter 14 Dollar	14 und unter 16 Dollar	16 und unter 18 Dollar	18 und unter 20 Dollar	20 und unter 22 Dollar	22 und unter 24 Dollar	24 und unter 26 Dollar	26 und unter 28 Dollar	28 und unter 30 Dollar	30 und unter 35 Dollar	35 und unter 40 Dollar	40 und unter 45 Dollar	45 und unter 50 Dollar	50 und unter 55 Dollar	55 und unter 60 Dollar	60 Dollar und mehr
a) Wochenverdienste männlicher Arbeiter																								
Zuschneider Blätter u. ganze Schuhe Hand	106	2124	36.14	3	3	15	6	21	26	41	41	49	60	92	168	90	149	126	167	183	108	323	201	128	82	60
Oberleder Scharfen	37	96	39.50	2	—	—	1	1	2	6	3	5	8	7	12	1	11	8	4	2	2	3	9	3	—	5
Zementierer, unterfüttern sonst Aufbarbeiten	18	42	16.41	1	8	3	2	6	1	6	4	3	1	—	—	2	2	2	—	—	—	2	—	—	—	1
Chromleder trocken, nasse Ausführungen	27	90	34.33	—	—	—	—	1	2	3	2	3	6	4	6	7	4	13	7	5	3	7	11	9	4	2
Blattstepper	63	294	34.04	1	—	2	—	5	6	9	6	5	17	15	14	31	24	25	26	20	14	10	22	16	8	8
Vorform u. Zubehörarbeiten für das Überholen	111	341	35.31	3	4	8	6	8	19	10	24	35	64	35	56	41	32	40	37	25	21	16	15	6	2	—
Zwischenfutter	128	1259	32.55	4	4	3	4	18	3	11	24	31	54	41	71	91	115	134	121	129	94	93	114	64	28	12	19
Rinden- und Handarbeit u. zweitenmal	35	78	40.16	—	2	1	3	5	5	13	5	24	27	20	18	27	32	32	37	31	41	30	81	105	93	50	54
Tapeter (Handarbeit)	98	317	28.93	—	—	—	—	—	—	1	4	7	12	17	21	26	29	40	52	41	41	51	79	53	26	7	3
Schaftfeiler	157	899	35.84	5	1	3	1	2	6	10	10	14	20	27	30	45	51	51	70	71	49	62	134	78	37	15	14
Schaftbeiler	129	764	35.05	—	—	2	1	3	2	8	10	12	21	38	38	51	56	69	53	84	54	55	105	53	21	18	11
Schuhbäuer einbringen (Hand u. Maschine)	114	1060	29.03	1	1	4	2	11	7	18	24	51	74	90	123	118	86	116	99	60	70	43	71	18	2	3
Reparaturarbeit und Fertigmacherei	54	128	24.96	—	—	—	3	—	2	3	4	9	8	6	22	6	12	17	8	9	5	2	4	1	3	3
b) Wochenverdienste weiblicher Arbeiter																										
Oberleder Scharfen	113	552	21.64	3	3	7	8	29	28	49	52	61	70	59	38	44	25	28	19	10	12	4	4	5	2	—
Zementierer, unterfüttern sonst Aufbarbeiten	118	1426	15.29	27	32	74	110	181	234	206	143	122	81	75	46	38	28	8	8	4	—	1	2	—	—	—
Zwischenfutter, Zwischenfutter Clicksteppen, Vorbeile	124	1170	16.52	11	16	29	44	102	148	142	142	141	118	71	53	45	27	23	18	16	10	4	10	—	—	1
Chromleder trocken, nasse Ausführungen	121	1409	21.18	14	14	11	31	54	85	111	157	167	183	156	130	103	74	55	30	26	15	10	22	5	2	2
Blattstepperinnen	129	1170	24.27	5	7	4	13	28	36	55	85	110	151	121	103	100	83	74	61	54	18	16	20	5	8	3
Vorform u. Zubehörarbeiten für das Überholen	9	38	18.95	—	—	—	3	1	2	4	4	8	6	2	2	1	1	—	2	—	—	—	—	—	—	—
Zwischenfutter einbringen (Hand u. Maschine)	43	302	19.56	6	2	2	8	11	21	28	30	32	45	30	26	26	2	2	4	1	1	—	—	—	—	—
Reparaturarbeit und Fertigmacherei	119	925	17.98	11	9	12	37	68	96	120	130	105	80	71	107	77	30	5	8	5	5	4	2	—	1	—

Die in der Tabelle angegebenen Lohndurchschnitte sind allgemeine Durchschnitte, wobei Jugendliche und erwachsene Personen — einfach alle vorhandenen Arbeiter, langsame und flotte — eingerechnet sind. Arbeiter, die durch Krankheit, Unfall, Abwesenheit aus eigenem Willen usw. nicht standzu für die Arbeit zur Verfügung stehen, werden aus diesen Berechnungen ausgeschaltet, weil es der Zweck dieser Tabelle ist, möglichst scharf den wirklichen Verdienst zu ermitteln. Es ergeben sich deshalb im Vergleich zu den Zahlen an anderer Stelle des statistischen Berichts einige kleine Abweichungen.

Ein ganz besonderes Prosperitätsjahr scheint das Jahr 1926 für die nordamerikanische Schuhindustrie nicht gewesen zu sein. Immerhin konnen sich die obigen Durchschnittseinkommen sehen lassen.

Als die bestbezahlte Gruppe bei den Männern kommt die der Weder in Betracht mit einem Durchschnittslohn von 40.46 Dollar oder umgerechnet 169.93 ℳ pro Woche. Bei den Arbeiterinnen standen die Blattaufsteppermnen mit 24.27 Dollar oder 101.93 ℳ pro Woche am besten da. Es darf nie übersehen werden, daß es sich hier um allgemeine Durchschnitte handelt und daß in Wirklichkeit ein Teil der Arbeiter im Effektivverdienst weit über den Durchschnitt hinauskommt.

Den niedrigsten Durchschnittslohn hatten bei den Männern die Zementierer usw. mit 16.41 Dollar (68.92 ℳ), offenbar jugendliche Arbeiter; bei den Frauen ebenfalls die Zementiererinnen mit 15.29 Dollar (64.21 ℳ). Auch hier dürfte es sich offenbar um jugendliche Arbeitskräfte handeln.

Bei den Zuschneidern verdiente die übergroße Mehrheit der Arbeiter — 1567 von insgesamt 2129 oder 71 Prozent der Zuschneider — mehr als 30 Dollar (126 ℳ) pro Woche; bei den Wedern kamen von 126 Arbeitern 544 oder 75 Prozent, bei den Spitzendruckern von 1279 Arbeitern 795 oder 62 Prozent auf einen Lohn über 30 Dollar oder 126 ℳ. Der deutsche Arbeiter in der Schuhfabrikation, der so häufig infolge der unsicheren Geschäftslage zum Ausstehen gezwungen ist, wird mit einem gewissen Neid vernehmen, daß die hier mitgeteilten Löhne, die Durchschnittslöhne, dem amerikanischen Arbeiter ohne Unterbrechung, d. h. das ganze Jahr hindurch gesichert waren.

Bei den Blattsteppermnen kamen von 1170 Beschäftigten 827 oder 71 Prozent, bei den Oberleder Scharfenmen von 552 Beschäftigten 312 oder 57 Prozent über einen Durchschnittswochenverdienst von 20 Dollar = 80 ℳ.

Im gesamten genommen haben von den unter obiger Tabelle eingeschlossenen Arbeitern 64 Prozent der Männer und 9,2 Prozent der Frauen 30 Dollar und mehr pro Woche verdient. Unter 20 Dollar pro Woche blieben bei den Frauen 3916 Personen oder 56 Prozent, bei den Männern 773 Personen oder 9 Prozent.

Zum besseren Verständnis dieser statistischen Ergebnisse mag hier darauf erinnert werden, daß die Kaufkraft des Dollars drüben in Amerika nicht das bedeutet wie hier bei uns. Man kauft drüben etwa dafür so viel, wie man hier bei uns für 2 ℳ erhält. Die amerikanischen Verdienste überflügeln unbeschadet dessen die deutschen Verdienste ganz gewaltig.

Aus Beruf und Industrie

Tagung der Holzschuhfabrikanten.

Am 15. Oktober fand in Leipzig die Jahrestagung des Verbandes der Holzschuhfabrikanten statt. Nach dem Geschäftsbericht zu urteilen, kann am Gedeihen der Lederschuhindustrie in der Holzschuhindustrie von einer schlechten Geschäftslage nicht gesprochen werden. Ausländische Einfuhr, Modeschwankungen usw., die bei der Lederschuhindustrie eine wichtige Rolle spielen, wirken sich hier nicht entscheidend aus. Zonenbarzahlungen sind man über die Konkurrenz durch die kleinen handwerksmäßigen Holzschuhmacher und meint, diese durch fortschreitende Rationalisierungsmaßnahmen bekämpfen zu können. Auch die Preispolitik betreffs, so soll erst im kommenden Jahre eine Kalkulationsbasis der Richtpreise erarbeitet werden. Mit Bezug auf den Lohnstreik kamen zwei wichtige Bemerkungen über deren Auswirkung zum Ausdruck. Man ist das ja bereits gewohnt. Insbesondere wird über erhöhte Krankenmeldungen geklagt, was auf die Bezugsfristgrenzen, die der Tarif bietet, zurückzuführen wird. Wenn es richtig ist, daß in vielfachen Fälle Krankenmeldungen vorkommen, sollte man schon nach den wirklichen Ursachen forschen, insbesondere ob nicht ein Grund dafür in der unachtsamen Arbeitsweise, wie sie die vorschnelle Rationalisierung mit sich bringt, zu suchen ist. Auf alle Fälle kann behauptet werden, daß die Anforderungen, die der Tarif an die Holzschuhindustrie stellt, von dieser ohne Beschwerden getragen werden können und solche Klagen besser unterlassen werden sollten.

Die Geschäftslage in der Lederschuhindustrie

ist nach wie vor ungünstig. Wenn hier und dort eine kleine Belebung eingesetzt hat, so geht sich im ganzen genommen doch noch ein unerfreuliches Bild. In Weißenfels, wo eine kleine Entspannung am Arbeitsmarkte eingetreten war, hat ein kürzlich erst wieder eröffneter Schuhfabrikbetrieb seine Leute abermals entlassen. In der Kleber Schuhindustrie ist in unserer Zeit eine gewisse Belebung eingetreten, ebenfalls in Meyelard. Natürlich hat man die erheblichen Betriebseinschränkungen noch nicht aufheben können; immerhin ist die Kurzarbeit der weitem nicht mehr in dem Umfange der Vormonate vorhanden. In zweideutschen Schuhfabriken haben nach erfolgter Stillegungsanmeldung Entlassungen von Arbeitern eingesetzt.

Innungsvorsitzender Wilhelm Herbach gestorben.

In Berlin ist einer der Führer des deutschen Schuhmacherhandwerks, Schuhmachermeister Wilhelm Herbach, gestorben. Am 29. März 1861 geboren, erlernte er das Schuhmacherhandwerk und auf seiner Wanderschaft kam er nach Berlin, wo er sich ansässig machte. In seiner frühen Jugend war er schon sozialpolitisch tätig und gründete eine Fachzeitschrift, die sich im Laufe der Jahre gewaltig entwickelte. Unter seiner Mitarbeit wurde die Epithesenanfertigung des Deutschen Schuhmacher Innungs Bundes gegründet, dem er bis vor wenigen Jahren vorstand. Vor Jahren hatte unter seiner Leitung die bekanntlich mit den Schuhlesern treten eine Aussprache stattgefunden über die Schaffung eines Reichslohntarifs, die aber wegen der verschiedenen Haltung der [illegible]

Alles für die Firma

Die Abteilung Außenhandel und Weltpropaganda Berlin der tschechoslowakischen Firma Bata sendet uns mit Bezug auf die in Nr. 40 des „Schuhmacher" von uns aus der Fachpresse entnommene Notiz folgende

Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß die Firma T. & A. Bata der rumänischen Regierung angeboten habe, 1 Million Dollar Stabilisationsanleihe zu zeichnen, wenn der Schuhimportzoll ermäßigt wird. Wahr ist dagegen, daß diese Behauptung vollständig aus der Luft gegriffen ist.

Es ist nicht wahr, daß die Firma T. & A. Bata als Unterstützung der nationalen Industrie von der tschechoslowakischen Regierung eine Anleihe von 200 Millionen Tschechenkronen zu 3½ Prozent genießt.

Wahr ist dagegen, daß die Firma T. & A. Bata keinerlei Unterstützung durch staatlich-tschechoslowakisches Kapital genießt und die im In- und Auslande ausgestreuten Gerüchte, daß die Firma T. & A. Bata vom tschechoslowakischen Staat Subventionen und besondere Vergünstigungen erhalte, jeglicher Begründung entbehren.

Wahr ist weiter, daß die Firma T. & A. Bata denselben Verpflichtungen dem Staate gegenüber unterworfen ist, wie alle anderen Unternehmungen auf dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik."

Wir geben dieser Berichtigung ohne weiteres Raum mit dem Bemerken, daß mit der von uns abgedruckten Notiz die Auslassung eines rumänischen Blattes der Schuhbranche selbst wiedergegeben war. ... Abgesehen von diesem Falle, sind Notizen über eine sogenannte Zoll Affäre mit tschechischen Schuhen in Rumänien leichtlich durch fast die aclamte Fachpresse gegangen. Die Firma Bata ließ öffentlich erklären, daß sie mit der Bezeichnung der Ware nicht das geringste zu tun habe, da sie nach Rumänien ausschließlich franko Fabrik Zlin unverzollt verkaufe und die Verzollung ausschließlich Sache des Abnehmers sei. Die „Schuhfabrikanten-Zeitung", Heft 86 vom 21. Oktober, bringt eine neue Darstellung dieser Sache durch einen Rechtsanwalt in Temesvar. Vielleicht wird noch weitere Klärung auf diese Sache, die also nicht die Firma Bata selbst betrifft, noch zurückzukommen sein.

Gewerkschaftsbewegung

Jubiläum im ZdA.

Am 1. November sind es 25 Jahre, seitdem Genosse Otto Urban beamteter Funktionär des Zentralverbandes der Angestellten ist. Urban wurde am 1. November 1903 zum Geschäftsführer der damals kleinen Ortsgruppe Berlin gewählt. Im Jahre 1912 wurde er Vorsitzender der Gesamtorganisation. Diesen Posten bekleidet er heute noch. Unter seiner Führerschaft ist der Verband aus kleinen Anfängen zu dem größten freigewerkschaftlichen Angestellten Verband emporgewachsen. Der Zentralverband der Angestellten ist dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA-Bund) angeschlossen. Otto Urban ist Mitglied des Reichswirtschaftsrates und Präsident des Internationalen Bundes der Privatangestellten.

Protokoll vom Verbandstag in Köln

Dem Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstags in Köln kommt sicher eine besondere Bedeutung zu. Es ist zu wünschen, daß jedes Mitglied sich dasselbe anschaffen wird. Schon der bedeutsame Vortrag eines Wissenschaftlers von Ruf, des Professors Lederer, über das Thema: „Lohnhöhe, Innenmarkt und Export" macht das Buch äußerst wertvoll. Nicht minder wichtig für die Mitglieder ist das Referat über die „Internationale Verbindung" der Schuh- und Lederindustriearbeiter. Von besonderem Interesse sind für die Verbandsmitglieder aber die in Köln aufgegangenen Debatten selbst, insbesondere auch die über die Einführung der Invalidenunterstützung. Wir stehen nun in unserem Verband am 1. Januar 1929 vor der Neuregelung unseres Beitragswesens und des Unterstützungswesens. (Einführung der Invalidenunterstützung.) Jedes Mitglied hat Gelegenheit, besser noch als es in Zeitungsartikeln möglich ist, sich durch das Nachlesen im Protokoll genau zu unterrichten, weshalb die beschlossenen Neueinrichtungen im Verband notwendig sind.

Das Protokoll ist bereits im Druck. Bestellungen nehmen die Ortsverwaltungen entgegen. Es erscheint wichtig, Bestellung bei der Ortsverwaltung sofort aufzugeben, damit die Auflagezziffer festgestellt werden kann. Der Preis — für Mitglieder eine Mark pro Exemplar — ist unter den Herstellungskosten angesetzt, damit jedes Mitglied in die Lage versetzt wird, sich das Protokoll anzuschaffen. Die einzelnen Verbandsmitglieder werden also gebeten, sofort die Bestellung bei der Ortsverwaltung aufzugeben. Für Nichtmitglieder kostet das Protokoll 4 Reichsmark.

Mitteilungen

Naumburg an der Saale

Am 9. Oktober sind es 30 Jahre her, daß unser Kollege Paul Bänitz in den Verband eintrat. Dreißig Jahre in der Organisation tätig zu sein, ist aller Anerkennung wert. Wo es galt, seine Pflicht zu erfüllen, war unser Mann immer da. Ob als Vorsitzender, Unterkassierer, Schriftführer, er hat immer seinen Mann gestanden. Auch während des Krieges in unserem Orte die Organisation einschlief, war er der erste, der die Kollegen wieder ums Banner sammelte. Eine Zeitlang waren wir Familienmitglieder unseres Kollegen in der Organisation tätig. Krankheit, lange Arbeitslosigkeit, Invalidität haben nicht vermocht, die Tätigkeit des Jubilars einzudämmen. Noch heute ist er unermüdlich bestrebt, sein Bestes für die Bewegung zu leisten. Wir beglückwünschen ihn herzlich zu seinem Verbandsjubiläum. E. P.

Literatur

Die Tewoag und der Wohnungsbau für die Angestellten. Die „Wohnungsfürsorgestadt", das Zentralorgan der Tewoag — Deutsche Wohnungsfürsorge A. G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter — hat zum Dritten AfA-Kongreß ein Sonderheft herausgegeben. Die überaus wichtige Frage des Angestellten Wohnungsbaues behandelt der Leiter der Tewoag, Architekt Richard Zimmer. Auch sonst enthält das Heft 1928 wertvolle Aufsätze beispielsweise über Wohnungsbau.

Zeitgemäße Bauwirtschaft. Monatlich zwei Hefte. Bezugspreis vierteljährlich 4,50 R.M. für Gewerkschaftler 3,25 R.M. — Wie der Schuhmacher Treiben tüchtig arbeitet, berichtet Genosse Karl Hermann in der soeben erschienenen Nummer 30 der „Zeitgemäßen Bauwirtschaft" an dem Beispiel der rationellen Beförderung der Steine von der eisernen Arbeiter und Bauleute und vom Arbeitsplatz des Maurers. Die kurzen sächsischen Tarifauszüge werden durch sieben Abbildungen erläutert. Auch sonst bringt die Schrift wieder viel des Wissenswerten.

„Wir zimmern neu die alte Welt", von Otto Kaufmann. Verlag Zentralverband der Zimmerer, Hamburg 1. Gewerkschaftshaus, Zimmerstraße Nr. 47. Preis broschiert 2.— in Leinen gebunden 3.— R.M. Illustrationen und Buchschmuck in Typendruck von Kurt Koch, Hamburg. Der Verfasser schildert in dem Buch die Verhältnisse, in denen die Zimmerer in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts lebten.

„Die Angestellten in der Wirtschaft." Eine Auswertung der amtlichen Berufszählung 1925, herausgegeben vom Allgemeinen freien Angestellten Bund 1928. Freier Deutscher Verlag G. m. b. H., Berlin NO 55, Werftstraße 7. 111 Seiten. Broschiert Buchhandelspreis 2.50 R.M. Mitgliedspreis 1.75 R.M. für Organisationen bei größerer Bestellung weitere Ermäßigung. — Die Broschüre enthält in sorgfältiger, übersichtlicher Zusammenstellung das Zahlenmaterial für die Referate von Fritz Lederer und Dr. Zuhr über „Die Bedeutung der Angestellten in der Wirtschaft und der Arbeiterklasse".

Kurt Oftenburg: Arbeiterdichtung der Gegenwart. Frankfurter Rittelland Verlag, jetzt Buchmeisterverlag, Berlin. 256 Seiten. Preis 1,25 Mark. Zeitdem Franz Diederich in seinem ausgezeichneten Werk „Von unten auf" uns mit den älteren Dichtern proletarischer Abstammung näher bekanntgemacht hat, lag kein Buch mehr vor, das auch die neueren proletarischen Dichter in den Kreis einer solchen Betrachtung gezogen hätte. Das vorliegende Buch von Kurt Oftenburg erfüllt die Aufgabe. Bewußt werden uns nur die Dichter proletarischer Abstammung und proletarischer Tendenz vorgestellt. Wir begegnen der einen Reihe deutscher Namen, danden auch tschechischen. Von den Italien ist Marim Gorki, von den Skandinaviern Anderson Nexö erwähnt. In knappen Zügen wird die Abstammung und der Werdegang der Dichter geschildert, wie sie aus dem Proletariat emporstiegen. Aus Belgienarz erkennt man aus den im Anhange wiedergegebenen Proben beiträgen und Dichtungen Möglich, daß auch manches ausgeprägte Talent in der Zusammenstellung noch fehlt. Vertreten sind in dem Buch Max Barthel, Otto Bernin, Cäsar Brezina, Karl Bröger, Max Barthel, Otto Bernin, Cäsar Brezina, Karl Bröger, Max Barthel, Gerrit Engelke, Leonhard Frank, Maxim Gorki, Oskar Maria Graf, Erich Grisar, Kurt Kläber, Otto Krille, Heinrich Lersch, Anderson Nexö, Andreas Pfeiffer, Ernst Preczang und Thüring Versluh. Das Buch enthält prachtvolles Material, ist für die Arbeitenabende, die Jugendgruppen und alle Volksbibliotheken sehr zu empfehlen.

Die Angst vor der Radikalisierung der christlichen Gewerkschaften

Die christlichen Gewerkschaften von heute sind in ihrem ganzen Gebaren grundverschieden gegenüber der Vorkriegszeit. Mitgerissen durch die Wucht der freien Gewerkschaften und angesichts dessen, daß die sozialen Probleme so handgreiflich zutage liegen, sind sie gezwungen, solcherartige Gewerkschaftsarbeit zu leisten. In der „Metallarbeiter Zeitung" vom 6. Oktober wird der Bundestag des christlichen Metallarbeiterverbandes besprochen und dabei der tiefgehende Wandel nach der sozialistischen Richtung hin festgestellt. Das veranlaßt die „Deutsche Bergwerks Zeitung" zu der Behauptung, daß sie diese Feststellung schon immer gemacht habe. Trotzdem schwerindustrielle Blatt hat in den letzten Zeit alle möglichen Kniffe gezogen, um die christlichen Gewerkschaften von dem einmal beschlossenen Wege abzubringen. In ihrer Nummer vom 7. Oktober zitiert sie den Artikel der „Metallarbeiter Zeitung", um dann u. a. zu schreiben:

„Unseres Erachtens machen die christlichen Gewerkschaften den schweren Fehler, allzu stark die freigewerkschaftliche Haltung zu kopieren und sich gegen eine Verwischung der Grenzen zwischen den beiden großen Gewerkschaftslagern schon durch die christliche Tonung der Kopie gesichert zu glauben. Auch der einfachste Arbeiter erkennt allmählich zu der Erkenntnis, daß hier dieselbe Sache von zwei Seiten angeboten wird, die sich nur durch ihre Firma unterscheiden."

Diese immer größere Annäherung der beiden Gewerkschaftsrichtungen paßt dem Scharfmacherblatt durchaus nicht. Deshalb redet es den christlichen Arbeitern ins Gewissen, daß ihre Bedeutung auf dem kulturellen Gebiete liege. Das Blatt schreibt: „Die große Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung liegt vorwiegend auf dem Gebiete des Kulturellen. Was sie an Verbreitung und Erhaltung deutschen Kulturgutes leisten, verdient unbedingte Anerkennung. Hier sind die Wurzeln ihrer Kraft. Sie ist überall stark, wo sie sich vom Zeitgeistmäßigen entfernt und immer schwach, wenn sie sich ihm annähert. Will die christliche Gewerkschaftsbewegung nach alternativem Gesetz enger und enger um den freigewerkschaftlichen Moloch planetarisch kreisen, dann wird auch der Tag kommen, wo der Moloch sie verschlingt. Bei allen Gegenlagen, die wir mit ihr auszupanzen haben, wir wurden dieses Ergebnis nicht bejahen."

Die christlichen Gewerkschaften, das muß in diesem Zusammenhange betont werden, sind in der Hauptsache von Nichtarbeitern gegründet worden. An ihrer Spitze standen andere Gesellschaftsschichten, die in der aufkeimenden freien Gewerkschaftsbewegung ihren gemeinsamen Feind erkannten. Nun, da die christlichen Gewerkschaften eine solcherartige Entwicklung nehmen und in ihren Anschauungen und in ihrer Taktik sich den freien Gewerkschaften immer mehr nähern, liegt eine große Gefahr von Innen. Deshalb macht man Zwangsmaßnahmen, daß die Gläubigen der christlichen Gewerkschaften eigentlich auf dem kulturellen d. h. religiösen Gebiete liegen. Wir unseresteils meinen, für Pflege der Religiosität ist Raum in den Konfessionsgemeinschaften genug. In den Gewerkschaften hatten wir keine Aufgaben in der Verfolgung der Arbeiterinteressen, in diesen Bestrebungen von den religiösen Gebieten niemals widersprochen.

Jedes Ding auf gewerkschaftlichem Gebiete kann nur, muß aber die Zersplitterung hemmend hinzu. Auf dem Gebiete der Verfolgung des Rechts der arbeitenden Menschen gibt es nur gemeinsame Interessen, wenn die Arbeiter in religiösen Dingen einer Anschauung huldigen, welcher sie wollen. Alle Arbeiter ohne Ausnahme mußten deshalb geschlossen und einig zusammenwirken, wie es heute das Unternehmertum tut, welches in seinen Vereinigungen, nämlich der die vermutete Gefahrzeitung nach Monsieuren aufkommen läßt.

Man erkennt also die Ausbildung der „Bewegung Zeitung" als das, was sie ist, eine leicht zu durchschauende Rattenfängerei. In der Frage Interessenorganisation und Religionsgemeinschaft ist die Arbeiterschaft auf dem besten Wege, wenn sie vom Unternehmertum lernt und die Arbeitgeber, an der Pest der Gegner seine Kräfte hat, aus dem Wege geht.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Schuhmacher und verw. Berufsgen. Deutschlands

Abrechnung für das 2. Quartal 1928.

Einnahmen:

Kassenbestand der Hauptkasse am 31. März 1928	4.499.40	
Kassenbestand in den Zahlstellen am 31. März 1928	41.345.36	45.843.76
Zinsen von verzinstem Kapital		4.606.78
Mitgliedsbeiträge von Mitgliedern der Abteilung A		163.50
Beiträge 1. Klasse der Abteilung A		
" 2. " " " "	809.—	
" 3. " " " "	1.296.—	
" 4. " " " "	47.243.85	
" 5. " " " "	14.131.20	
" 6. " " " "	17.656.60	
" 7. " " " "	6.107.50	
	2.360.50	89.445.15
Aufnahmegebühr für Familienversicherungen		50.—
Beiträge der Familienversicherung		12.924.25
Erstattungen Dritter		4.655.13
Aufnahmegebühr von Mitgliedern der Abteilung B		68.—
Beiträge 1. Klasse der Abteilung B	2.922.90	
" 2. " " " "	22.328.40	
" 3. " " " "	21.124.30	46.375.60
Zurückgezogene Kapitalien		17.000.—
Sonstige Einnahmen		35.501.66
	Summa R.M	256.212.83

Ausgaben:

Ärztliche Behandlung		25.862.79
Arznei und sonstige Heilmittel		11.935.50
Krankengeld 1. Klasse der Abteilung A	124.56	
" 2. " " " "	633.30	
" 3. " " " "	15.224.67	
" 4. " " " "	4.546.08	
" 5. " " " "	2.712.85	
" 6. " " " "	3.262.90	
" 7. " " " "	1.340.—	33.646.31
Hausgeld nach § 15 der Satzung		823.08
Kur und Pflegekosten in Krankenanstalten		5.746.07
Sterbegeld 2. Klasse der Abteilung A	120.—	
" 3. " " " "	1.350.—	
" 4. " " " "	487.—	
" 5. " " " "	420.—	2.377.—
1. Familienangeh. d. Mitgl. d. Abt. A		620.—
Wöchenbette		741.20
Ärztliche Behandlung für Familienangehörige	8.183.92	
Arznei und Heilmittel für Familienangehörige	3.224.60	
Krankenhausbehandlung für Familienangehörige	1.303.65	12.711.07
Krankengeld 1. Klasse der Abteilung B	1.927.50	
" 2. " " " "	17.118.05	
" 3. " " " "	20.701.20	39.746.75
Sterbegeld 1. Klasse der Abteilung B	210.—	
" 2. " " " "	360.—	
" 3. " " " "	642.—	1.412.—
1. Familienangeh. v. Mitgl. d. Abt. B		260.—
		210.50
Zurückgezahlte Beiträge		
Verwaltungskosten: a) persönliche	19.349.33	
b) sachliche	10.163.76	29.513.29
Kapitalanlage		41.261.96
Kassenbestand der Hauptkasse am 30. Juni 1928	3.644.91	
Kassenbestand in den Zahlstellen am 30. Juni 1928	45.677.46	49.322.37
	Summa R.M	256.212.83

Abschluß:

Die reine Einnahme betrug	R.M 193.369.07
Die reine Ausgabe betrug	R.M 165.608.51
Mehreinnahme	R.M 27.760.56

Vermögensausweis:

Hypotheken	R.M 178.601.95
Anlehensablösungsschuld	R.M 1.250.—
Sparkasse	R.M 25.291.99
Kassenbestände	R.M 49.122.37
	R.M 254.266.31

Zahlstellen bestanden 198.

Mitgliederbestand: Abtl. A 8661, Abtl. B 2668, zusammen 11.329.

1337 Familienversicherungen mit 2561 Versicherten.

A. Bauer, Hauptkassier.

Revidiert und richtig befunden:

Hamburg, den 18. Oktober 1928.

H. Kage. Aug. Udde. W. Schuder:

Mehr-als-fach bewährte Hähmaschinen, Holznagelmaschinen, Ausputzmaschinen mit voller Garantie [illegible] Katalog kostenlos. Unter Nr. D R [illegible] 1 Fig. 1 B.

Fachschule für d. Schuhindustrie
Schwerin i. M., Marienstraße
1. deutsche Fachschule für d. Klebverfahren. Unterstaatl. Kontr. 4. Trimst. Mehlbg. Übersucht d. Stadt Schwerin. Kurse 1. 22. Mon. Prosp. und Verzeichnis gratis

Modellwinkel
Reduktionsmaschl. Fachschriften zum Modellie en Selbstunterricht Liste 9 kostenfrei
H. Franke, Altern 17

Perfekter
Maschinenanklopfer
sowie ein perfekter
Durchnäher
der doppeln kann, jedoch für sofort gesucht
Hanau & Co., G.m.b.H., Hanau
Untere Zahlbacherstr.